

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgesparte Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark
Geschäftsanzeige finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
550 000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ein Jahr voller Kämpfe und steter Unruhen und doch ein Jahr günstiger Geschäftsentwicklung nennt die Direktion des Phönix-Ultengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, in ihrem Bericht das Geschäftsjahr 1911/12. Der Hinweis auf die mannigfache Beurteilung des Wirtschaftslebens im Vorjahr erweckt auch die Erinnerung an die Börsepanik in den August- und Septembertagen 1911, deren äußerer Anlaß die Verbreitung eines Gerüchts von dem Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen über die Marosfrage war. Damals beurteilte die Börse die weitere Konjunkturentwicklung sehr zurückhaltend, darauf waren schließlich in der Hauptstadt die paritätischen Kurstädte vieler Industrieaktien zurückzuführen. Aber auch nach Beilegung der deutsch-französischen Differenzen wurde in Bank- und Industriekreisen der Weg für einen weiteren Aufstieg durchaus nicht als frei angesehen, besonders der erste Director der Deutschen Bank, Herr v. Winnier, hat beklagt in den ersten Monaten dieses Jahres sehr bedenklich stehende Anschauungen über den Stand der Konjunktur geäußert, er bezweifelte, ob die günstige Konjunktur noch von langer Dauer sein werde. Entgegen diesen und anderen Befürchtungen hat die Wirtschaftslage auf den meisten Gebieten zumeistlos bisher eine zunehmende Besserung erfahren, vornehmlich stand die Montanindustrie im Zeichen einer ungeschwächten Hochkonjunktur. Zeugnis davon legt auch der Phönix selbst des Phönix ab, der nun die Befähigung dafür erbringt, daß die Gesellschaft im Jahre 1911/12 mehr Gewinn erzielt hat. Es wird ein Betriebsgewinn von 44,82 Millionen Mark gegen 40,96 Millionen Mark im Vorjahr ausgewiesen, davon wurden vorweg für Handlungskosten und Steuern 6,667 Millionen Mark und für Zinsen 919 362 Mark abgezogen. Der hierauf verbleibende Bruttoeinkommen beträgt 37 234 996 Mark (im Vorjahr 33 567 397 Mark). Von diesem gelangten ferner zum Abzug für Abschreibungen auf Werkstattagen 1 820 136 Mark (im Vorjahr 1 790 000 Mark), für weitere Abschreibungen 12 583 425 Mark (im Vorjahr 10 970 177 Mark), so daß sich ein Reingewinn von 29 027 255 Mark (im Vorjahr 24 047 883 Mark) ergibt. Letzterer soll wie folgt verteilt werden: Für 10 Prozent (im Vorjahr 15 Prozent) Dividende 19 080 000 Mark (im Vorjahr 15 900 000 Mark), 100 000 Mark (wie im Vorjahr) dem Dispositionsfonds, 600 000 Mark für Beamtenpensionen, 400 000 Mark (im Vorjahr 300 000 Mark) für Bergbauden und 2 134 577 Mark (im Vorjahr 1 979 063 Mark) für Rentnern. Der Vortrag auf neue Rechnung stellt sich hier noch auf 6 712 687 Mark (im Vorjahr 6 195 820 Mark). Weit über den Einzelfall hinaus verdient ein Vergleich der Abschlußzahlen des Phönix für die letzten neun Jahre Beachtung. Es stellen sich diese Zahlen wie folgt:

	1909 bis 1904	1904 bis 1905	1905 bis 1906	1906 bis 1907	1907 bis 1908
	M	M	M	M	M
Aktienkapital	35 000 000	35 000 000	35 000 000	100 000 000	100 000 000
Betriebsgewinn	5 760 280	6 820 524	8 855 988	26 410 006	26 355 486
Abschreibungen	2 864 817	2 699 249	2 803 165	9 101 583	12 092 015
Reingewinn	3 923 242	4 463 448	6 419 749	17 903 039	14 989 367
Vortrag	342 173	366 927	410 783	1 035 897	2 597 300
Dividende in %	8	10	15	17	11

	1908 bis 1909	1909 bis 1910	1910 bis 1911	1911 bis 1912
	M	M	M	M
Aktienkapital	100 000 000	100 000 000	106 000 000	106 000 000
Betriebsgewinn	23 000 600	30 145 934	33 567 397	37 234 996
Abschreibungen	11 856 399	12 888 102	10 970 177	12 583 425
Reingewinn	11 043 701	16 657 833	20 416 220	29 027 255
Vortrag	3 589 478	3 658 662	6 195 820	6 712 687
Dividende in %	9	15	15	18

Während das Aktienkapital in der Zeit von 1903/04 bis 1911/12 von 35 Millionen Mark auf 106 Millionen Mark lieg also etwa verdreifacht wurde, hat sich der Reingewinn in verneunfach, dabei sind auch die Abschreibungen und Rückstellungen im Verhältnis zu den Kapitalsvermehlungen dauernd gestiegen. Auch das neue Geschäftsjahr brachte wieder, wie in dem Geschäftsjahrsbericht des Phönix zum Schluß belont wird, bisher eine günstige Fortentwicklung, ernstliche Anzeichen für einen bevorstehenden Rückgang glaubt die Verwaltung nicht wahrscheinlich zu haben. Der Monat Juli soll dann auch bereits eine neue sehr beträchtliche Steigerung der Gewinnergebnisse aufweisen, es verlautet, daß der Juli einen Gewinnüberschuß von 4% Millionen Mark gegen 3 Millionen Mark im gleichen Vorjahresmonat erbracht habe.

Von der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft wird berichtet, daß das Betriebsergebnis des ersten Halbjahres um 5 Millionen Mark höher sei als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wozu die Neuanlagen der Adolf-Ems-Hütte in Esch erheblich beigetragen hätten.

Der allgemeinen vorzüglichen Situation in der Montanindustrie entspricht auch der Rechnungsabschluß des Rothenberger Hüttenvereins Aumess-Friede. Wie sich die Betriebsergebnisse in den letzten drei Jahren bei dem Unternehmen entwickelt haben, ergibt folgende Zusammenstellung:

	1911 bis 1912	1910 bis 1911	1909 bis 1910
	M	M	M
Dividendenberechtigtes Aktienkapital	58 000 000	36 700 000	28 400 000
Betriebsüberschuß ohne Vortrag	14 023 241	10 934 119	10 012 972
Vortrag aus dem Vorjahr	617 828	640 622	571 588
Rohgewinn zugänglich Vortrag	12 908 418	9 742 731	8 407 620
Abschreibungen	3 074 064	2 920 191	2 772 374
Reingewinn	9 884 353	6 822 540	5 685 246
Besond. Abschreibungen u. Rücklagen	1 250 000	1 050 000	1 301 485
Wohlfahrtszwecke	100 000	100 000	50 000
Dividende	6 960 000	4 404 000	2 840 000
Vortrag auf neue Rechnung	720 100	617 828	640 622

wert ist, daß seine Herrschaft in den Händen der A.G.G. und der Gruppe Siemens-Halsle liegt. Den alten Ultionären werden auf je zwei alte Aktien eine junge Aktie angeboten, und zwar zu einem Kurs von 100 Prozent, während die alten Aktien gegenwärtig etwa 560 Prozent notieren. Mit der Aktienausgabe soll eine Kapitalverdopplung bewirkt werden. Die unter den erwähnten Bedingungen beabsichtigte Kapitalerhöhung dient dazu, neben der Zuwendung hoher Gewinne an die Ultionäre die Dividende ebenfalls leicht herabzudrücken oder mindestens eine weitere Dividendensteigerung zu verhindern, da nun ein erheblich erhöhtes Kapital an dem Gewinn partizipieren wird. Der Aktiumenträger hat aber gar keinen Kapitalbedarf, er schwimmt vielmehr im Gelde. Nach der Bilanz von 1911 waren an Kassa, Bankguthaben und Wechsel 6,29 Millionen Mark vorhanden, an Konzertabtretungen und Effeten 8,82 Millionen Mark. Welchen Umfang die Gewinne erreicht haben, die nicht zur Verteilung gelangten, ergibt sich ferner aus dem Konto I für Instandhaltungsverträge, das nicht weniger als 4,5 Millionen Mark umfaßt, und einem zweiten ähnlichen Konto, das mit 1,393 Millionen Mark ausgewiesen wird. Diese Konten allein enthalten Reserven von nicht weniger als rund 6 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark. In denselben Tagen, in denen der Aktiumenträger diese Operation beschloß, um seine überstehende Rentabilität zu verschütten, wurde der Boesel-Akkumulatorenfabrik, der einzigen Konkurrenzlinie der Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen, das Grundstück, das ihre Betriebe umfasst, verkauft. Wenn das Unternehmen von Boese auch unter Misshandlung steht, so erfuhr es die schwerste Erschütterung doch durch die mit unerbittlicher Schärfe geführten Konkurrenzkämpfe des Akkumulatorentrusts. Von den Interessenten der Boese-Gesellschaft wird versucht, ein neues Unternehmen zu gründen, das die Fabrikation von Boese fortsetzen will.

Einschneidende Veränderungen hat die Lage der Gusslämpernindustrie erfahren. Nach der raschen Ausdehnung der Fabrikation von Metallsabellampen begannen erhebliche Preisdramationen, die die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft einleitete und denen wohl oder übel sich die anderen in Frage kommenden Betriebe anschließen mußten. Als Folge dieser Entwicklung ist auch der weitere Rückgang der Betriebsergebnisse der Wolfram-A.G. in Augsburg zu betrachten. Die Gesellschaft hat seit ihrer im Jahre 1906 erfolgten Errichtung noch keine Dividende gezahlt, ihre Lage hat sich nun im vergangenen Geschäftsjahr ganz außerordentlich verschlechtert. Der Verlust von 85 021 Mark im Vorjahr, der aus dem Reservefonds gedeckt wurde, stieg auf 528 011 Mark, dem nur ein Reservefonds von 122 481 Mark gegenübersteht. Wie bedeutend die Verluste über diese Zahlen hinaus sein müssen, läßt der Vorschlag der Verwaltung erkennen, daß 3 Millionen Mark betragende Aktienkapital zur Beseitigung der Unterbilanz auf 600 000 Mark herabzusetzen und es abschließend um 600 000 auf 1,20 Millionen Mark zu erhöhen. Für den Fall einer Ablehnung der unter den erwähnten Umständen vorgeschlagenen Kapitalerhöhung soll der Antrag auf Liquidation des Unternehmens gestellt werden. — Noch ungünstiger schneidet die A.-G. für Landwirtschaftliche Maschinen in Würzburg 1911/12 ab; bei diesem schon lange kranken Unternehmen erhöhte sich der Verlust von 466 269 auf 950 744 Mark.

Mit einem neuen Verlust schlägt ferner die Werk F. Freihs & Co., A.-G. in Osterholz-Scharmbeck, das Jahr 1911 ab. Das ungünstige Resultat wird im Bericht wie folgt begründet: „Die im abgelaufenen Geschäftsjahr hergestellten Objekte sind zur Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes zu schlechten Preisen in Auftrag genommen worden, um die Arbeiter zu beschäftigen. Die Abförderung des größten Teiles des Auftragsbestandes wurde sehr durch den Umlauf beeinflußt, doch unter Werk am Anfang vorliegenden Jahren unter großen Arbeitschwierigkeiten litt und die Aufträge wegen des Mangels an Arbeiterkräften nur ganz ungenügend gefördert werden konnten. Später mußten die entstandenen Verzögerungen soviel als möglich durch Überstunden eingeholt werden, wodurch große Unterkosten entstanden. Es liegen sich aber trotzdem größere Verspätungen in den Lieferungen und entsprechende Konventionalstrafen nicht vermeiden. Unter diesen Umständen konnte auch ein genügender Umsatz nicht erzielt werden.“ Neben die weiteren Ausfälle erhält die Verwaltung, die vorliegenden Aufträge seien recht belangreich, aber trotz der günstigen Konjunktur lassen die Preise immer noch zu wünschen übrig. Zumindest hoffe sie, daß das laufende Geschäftsjahr ein besseres Ergebnis zeitigen wird als dies bei den früheren der Fall war.

Bei diesen Misserfolgen handelt es sich indes um vereinzelte Erfahrungen, die Masse der Gesellschaften, die jetzt ihre Abschlüsse veröffentlichen, können mit gesteigerten Gewinnen aufwarten. Die Abrechnung der Hamburger Reichensteig-Schiffswerft ergibt einen Rohgewinn von 445 142 Mark gegen 360 096 Mark im Vorjahr, die Dividende wird mit 5 gegen 4 Prozent im Vorjahr vorbeschlagen. — Von 18 auf 20 Prozent erhöht die Zeitzer Eisengießerei und Maschinenfabrik, A.-G., ihre Dividende, nachdem die Abschreibungen von 298 000 Mark im Vorjahr auf 460 000 Mark erhöht worden sind. — Eine Dividende von 8 gegen 6 Prozent im Vorjahr zahlt die Walzengießerei vorwärts Auelisch & Co., A.-G. — 17½ Prozent Dividende gegen 15 Prozent im Vorjahr verteilt die Bahnräderfabrik Augsburg vorwärts Joch. Reinl, A.-G. Zur Konkurrenzierung der finanziellen Verhältnisse und der Verstärkung ihrer Betriebsmittel erhöht die Gesellschaft ihr Aktienkapital um 250 000 auf 500 Millionen Mark. — Ziemlich lang ist noch die Reihe anderer Unternehmen, die in den letzten Tagen Kapitalerhöhungen ankündigen. So beantragt eine Erhöhung ihres Kapitals um 600 000 auf 2 Millionen Mark die Hämmerle & Hartmann-Fabrik Karlsruhe vorwärts Hald & Rau. — Die A.-G.

im Jahre 1887 um 7 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark						
=	1859	=	4	=	16	=
=	1890	=	4	=	20	=
=	1891	=	2	=	22	=
=	1892	=	3	=	25	=
=	1893	=	10	=	35	=
=	1894	=	12	=	47	=
=	1895	=	13	=	60	=
=	1896	=	26	=	86	=
=	1897	=	14	=	100	=
=	1898	=	30	=	130	=

Durch die verschiedenen Erhöhungen des Aktienkapitals floß der A.G.G., die ihre Aktien zu Kursen von 122, 150, 165, 175, 190, 200 und 210 Prozent ausgab, im ganzen 270 Millionen Mark zu. Außerdem hat die Gesellschaft ein Obligationenkapital von rund 80 Millionen Mark. — Eine Erhöhung ihres Aktienkapitals nimmt ferner die Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hohen Neuendorf um 4 auf 12 Millionen Mark vor.

Gebr. Krüger & Co. in Berlin-Köpenick beschäftigt eine Kapitalerhöhung um 500 000 M auf 2,1 Millionen Mark, die neuen Mittel sollen zur Aufnahme einer gut florierenden Metallwarenfabrik dienen. Die letzte Kapitalerhöhung hat bei der Gesellschaft im September 1910 stattgefunden, und zwar um 300 000 M. — Zu einer Erhöhung ihres Aktienkapitals von 8 auf 4 Millionen Mark schreitet die A.-G. Stock & Co., Spiralbohrer, Werkzeug- und Maschinenfabrik in Berlin, an der die Elektrische Licht- und Kraftanlagen-A.-G. stark interessiert ist. — Um 1 Million auf 4 Millionen Mark wird die Ica (Internationale Camera-A.-G.) ihr Kapital erhöhen, es sind neue Mittel erforderlich, da die Dresdener Betriebe ungemein Erweiterungen erfahren, ferner wird die Camerafabrik von G. Bulauf in Rücken übernommen.

Der Organisationszwang und seine Bedeutung im modernen Wirtschaftsleben.

IV.

Der eigentliche und tiefste Grund, warum eine Bekämpfung des Organisationszwanges fruchtlos verlaufen muß, falls man überhaupt Organisationen duldet, liegt darin, daß dieser Zwang keine Willkürlichkeit, kein Missbrauch oder Auswuchs, etwa eine Kinderfeindschaft der modernen Organisationsentwicklung ist, sondern daß er allen Organisationen, die den Markt — Warenmarkt oder Arbeitsmarkt — beherrschen wollen, schlechthin innewohnt. Er ist die naturnormative Methode, wie sich das Streben nach höherem Ertrag und größerer wirtschaftlicher Macht den vorhandenen Widerständen gegenüber durchsetzt. Ein solches Streben und daher auch ein Organisationszwang ist überall vorhanden, wo sich Organisationen bilden. In welcher Stärke er auftritt, hängt von der Stärke des Widerstandes ab, und welche Mittel er anwendet, rückt sich nach den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Organisationen einerseits und ihren Mitgliedern, Abnehmern und Aufsichtstieren andererseits. Je zahlreicher diese Beziehungen sind, desto zählerisch auch die Kämpfmittel: wo wirtschaftliche Beziehungen fehlen, bleiben nur gesellschaftliche Zwangsmittel übrig, und wo auch diese fehlen, so bleibt nur noch körperlicher Zwang übrig. Daraus folgt, daß eine Wirksamkeit der Organisationen ohne Organisationszwang nicht möglich ist und daß man eine Organisation nicht aufrecht erhalten kann, wenn man den Organisationszwang ausschaltet. Man kann ihn ebensoviel beseitigen wie das Streben nach höheren Preisen oder höheren Löhnen. Der Staat kämpft also gegen Windmühlen, wenn er Organisationen duldet, den Organisationszwang aber unter Strafe stellt.

In diese Sache läßt sich das Ergebnis zusammenfassen, zu dem Dr. Steffner am Schluß seiner eingehenden Untersuchungen über die Kämpfe zwischen Kartellen und Aufsichtstieren gelangt. Zum Beweise dafür, daß seine Schlüssefolgerungen richtig sind, zieht er die Kartellerverbände und die Arbeitgeberverbände als Parallelerscheinungen heran. Auch hier haben wir es mit Organisationen zu tun, die den Markt beherrschen wollen. Die Arbeitgeberverbände verfolgen den Zweck, den Preis der Ware Arbeitskraft herabzudrücken oder auf einem niedrigen Niveau zu halten, die Gewerkschaften haben das Bestreben, den Preis der Arbeitskraft in die Höhe zu treiben oder einen Heraufdrücken dieses Preises zu verhindern.

Sobald Verhürtungspunkte die Unternehmerverbände auch mit den Unternehmenskartellen haben, so sind sie doch ihrer ganzen Entwicklung nach als selbständige Organisationen zu betrachten. Der wichtigste Unterschied zwischen beiden ist wohl darin zu suchen, daß die Kartellvereinbarung die hergestellten Waren betrifft, während der Unternehmerverband auf die Beschaffung und Bezahlung der Arbeitskräfte einzutun scheint. Vollständiglich ausgedrückt heißt das: Kartelle sind Verkäuferorganisationen, Unternehmerverbände sind Käuferorganisationen. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß nicht auch die Kartelle Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes haben, so zumal da wir bislang eine Personalunion zwischen Kartellen und Unternehmerverbänden finden, indem die Leiter der Kartelle auch die Leitung der Unternehmerverbände in der Hand haben.

Natürlich haben auch die Unternehmerverbände, wie alle anderen wirtschaftlichen Organisationen, ein lebhaftes Interesse daran, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinen. Für den Fall eines Kampfes ist die Geöffnetheit und Stärke der Organisation von großer Bedeutung. Bei der Streitversicherung der Arbeiterpartei, dem Arbeitsnachweis, sowie bei allen Maßnahmen gegen Kollegen, die nicht mitmachen, kommt es wesentlich auf die Geöffnetheit an. Wenn der eine oder der andere Unternehmer während eines Streits oder schon vor Beginn des Streits die Arbeitgeberorganisationen beteiligt, so reift er eine Freiheit in die Kampfschiere und hat überdies noch die Möglichkeit, seinen Betrieb fortzusetzen oder wieder zu eröffnen und sich auf diese Weise in das Abhängigkeitsfeld der anderen einzudringen und ihnen unliebsame Konkurrenz zu machen. Dabei richtet sich der Haß der organisierten Unternehmer gegen die unpolitischen

Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

Von Dr. Krzyzanski (Stuttgart).

II.

Nachdem wir wieder glücklich an der früheren Luft waren, führten uns einige Tage zum Manor House, wo der Lord-Mayor der City (Oberbürgermeister) einige herzhaftesweise Friedenswort an uns richtete und unverzüglich solche entgegennahm. Er sagte unter anderem, er habe schon oft Gelegenheit gehabt, Deutsche zu empfangen und für den Frieden zu wirken, über alle Ränder der Regionen, den Frieden zu erhalten, müssen jedoch, wenn die Völker nicht Frieden machen — und das könnte nur die Arbeiterschaft! Der gleiche Lord-Mayor brachte bei einer Konferenz der englischen Gewerkschaftsgesellschaft am 14. Dezember 1911 folgende Erklärung: „Die Versammlung will den in Großbritannien vorherrschenden Frieden noch Sicherung oder Sicherheitsmaßnahmen ausbreiten und den deutschen Volk vertragen, das keine Gewalttätige Körperchaft in Großbritannien Deutschland leisten könne, auf einen Teil der Erledigung internationaler Zügel freitlich zu machen oder seine Befreiungen vom Kolonialbesitz schädiglich zu befreien kann.“ Es ist dringend notwendig, daß die großbritannische Regierung den belasteten Kunden befiehlt, den die Säumung der britischen Regierung gegenüber den berechtigten deutschen Befreiungen genehmigt hat.“ Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, im Jahre 1913 eine ausgedehnte Ausstellung in London zu veranstalten.

Zwei einfache Säulen befanden wir uns schon im Rahmen von Birmingham als Gäste des Lord-Mayors beim Tee. Sehr oft die höchsten Reden gesprochen werden und die Begrüßung mit den Kreuzrittern erfolgt war, betraten wir, den jubelnden Raum, begleitet, die etwa 2500 Besuchern sehende Stadthalle. Darauf die Deutschen von den Kreuzrittern aus, müde, so räzte er dieser

Kollegen, die man in jeder Beziehung zu schädigen sucht, wobei meistens dieselben Zwangsmittel zur Anwendung kommen, die von den Kartellen gegen die Aufsichter angewendet werden. Wie weit dieser Terrorismus geht, ist allgemein bekannt, und daß er seine Wirkung nicht verschlägt, erlicht man daraus, daß — um nur ein Beispiel herauszugreifen — der Schirmacherhäupling Freiherr v. Reizwitz, der in jedem Streitbrecher einen Helden erblickt, am 21. Oktober 1905 auf der Generalversammlung Schleswig-Holsteinischer Arbeitgeberverbände in Rendsburg triumphierend berichten konnte, „daß es kaum in famia delegierte Mitglieder in Hamburg infolge der Verfassungslösung ihre Geschäfte hätten schließen müssen“. Diese burschikose Studentensprache verbüllt nur notdürftig die Tatsache, daß man drei Unternehmer, die sich den Zwange ihrer Kollegen nicht fügen wollen, wirtschaftlich togemacht hat. Natürlich merkt der preußische Staatsanwalt von einem derartigen Überlegenheit Nord nichts.

Wenn wir uns nun zu den Arbeiterorganisationen wenden, so zeigt sich auch hier, daß sie ein lebhaftes Interesse an der Stärke und Geschlossenheit ihrer Organisation haben. Wie weit sie ihre Forderungen den Unternehmen gegenüber durchsetzen und wie weit sie ihre sonstigen Zwecke erreichen können, das hängt, außer von der Disziplin und der Solidarität der Mitglieder, im wesentlichen davon ab, wie groß der Prozentsatz der organisierten Kollegen und wie hoch die Summe des Geldes ist, das ihr zur Verfügung steht. Nur wirklich starke Gewerkschaften bringen den Arbeitern Nutzen, weshalb es für jede Gewerkschaft eine Lebensfrage ist, daß es ihr gelingt, einen erheblichen Teil der Berufsgenossen in sich zu vereinigen. Das Ideal einer Gewerkschaft ist, daß sie lädenlos besteht, weil schon ein verhältnismäßig geringer Teil der Kollegen, der nicht mitmacht, unter Umständen den Sieg verteilen kann. Daher das trampolino Beinhalten der Gewerkschaften, auch den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin in die Organisation zu bringen.

Nach Vage der Sache sind die den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Kampfmittel weit weniger und auch schwächer als die, über die ein Kartell oder ein Unternehmerverband verfügt. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß die organisierten Arbeiter nicht in der Lage sind, ihren unorganisierten Kollegen wesentliche wirtschaftliche oder gesellschaftliche Nachteile anzufügen, da im Gegenteil die letzteren an den Errungenschaften des Kampfes meistens ohne weiteres teilnehmen. Der einzige Angriffspunkt wirtschaftlicher Art ist die Ausschließung der Unorganisierten von dem Arbeitsplatz oder der Arbeitsmöglichkeit, weshalb sich immer wieder der Wille bemerkbar macht, mit unorganisierten Kollegen nicht zusammenzuwetten. Die Unternehmer wollen sich erklärlicherweise hierauf nicht einlassen und die Gewerkschaften sind nur in ganz vereinzelten Fällen in der Lage, ihren Willen durchzusetzen. Verständlich ist dies Bestreben allerdings und es ist ein Beweis kapitalistischer Moralabschöpfung, hier von Toleranz und Terrorismus zu sprechen.

Da auch eine gesellschaftliche Reaktion der unorganisierten Kollegen und zumal der Streitbrecher bislang noch wenig Erfolg verspricht, so bleiben eigentlich nur persönliche Momente übrig zur Stärkung der Gewerkschaften. Hier spielt die Erziehung zum Solidarismus, das Bedenken und Pflegen des proletarischen Klassenbewußtseins und die Einwirkung auf das Empfinden die wichtigste Rolle. Es handelt sich um gefühlsmäßige Momente, die man begreifen muß, wenn man den Zwang zur Organisation besiegen will. Die Abneigung des organisierten Arbeiters gegen einen Berufsgenossen, der aus Feuerwehr oder Feuer, aus Feigheit oder Liebedienerei der Gewerkschaft fernbleibt, ist so tief und echt, daß nur ein Blinder dies Gefühl merken kann, und wenn gar Kollegen in Frage kommen, die ihren Kollegen in den Rücken fallen, so wird diese Abneigung zu einem Haß und zu einer Verachtung ohnegleichen. Jeder einständige Mensch, der kein Schwachsinn ist, wird uns dies nachfühlen können.

Dem landläufigen Unternehmertum mangelt es an jeglichem Verständnis für solche Dinge, weshalb es sie zu Verbrechen stempelt und nach dem Staatsanwalt und dem Polizeiappell ruft. Diese Leute, die ihre unorganisierten Kollegen mit kaltem Blute zum wirtschaftlichen Tode verurteilen und die — wie Freiherr v. Reizwitz — ein Triumphgefühl anstreben, wenn sie ihre Würde erreicht haben, diesen Leuten weinen Krebskranken über die Herzlosigkeit der organisierten Arbeiter. „Fallen in Ohnmacht, wenn sie eine Sankt Blut sehen“, sagt Schiller, „und totlich in die Hände, wenn ihr Krebskranke befreit von der Börse geht.“ Der Stiel steigt einem auf, wenn man eine solche Heilsasperge beschafft. Und was das schlimmste ist, diese elenden Kunden haben des Stoc in der Hand und bringen es fertig, daß der sogenannte Rechtsstaat, der das alleine Recht für alle auf seine Fahne geschrieben hat, den angeblichen Terrorismus der Arbeiter mit gewaltigem Eiser verfolgt, während er den wirtschaftlichen Terrorismus der Unternehmer mit Glacébandsäcken aufzählt.

Statt ein jeder noch einmal seine ganze Kraft zusammen, um den Tonen der Muß und des Gesanges andächtig zu lauschen. Ich gestehe, daß ich noch nie in meinem Leben vom Gesange so ergriffen war, als bei dem deutschen Vortrag „Zillertal“, welches viele mehrere Male von vier Herren und einer Dame der englischen Gesellschaft zum Vortrag gebracht wurde. Erst später in der Nacht erreichten die Zugbegleiter der Reisegesellschaft ihre Quartiere außerhalb Birminghams.

„Schule“ heißt die Villa, in die wir untergebracht wurden. Mr. Cadbury, ein reicher Schokoladenfabrikant, hat sie der Adolf School zur Verfügung gestellt, sagte mein Vorfahr, als wir in einem von uns jungen Wagen verlassen hatten. Den deutschen Freunden wurde er nicht klar, wo er sich befand: Adressaten, Bezeichnung, Gesetz und Kunst, natürlich auch Tee beschäftigten ihn auch hier bis zum Knochen.

Ein Sonntag war's, als wir nach diesem Schloß wieder das Ziel der Reise erreichten. Unsere erste Arbeit war nun, das Haus, das uns befreit hatte und den es angebenden Park zu besichtigen. Dreißig hölzerne Bergsteiger, See- und Eselskarren, Versteckungs- und Spielhütte, überzeugt alles, was Erholungsbedürftige gebrauchen, fanden wir da dar. Dann ging es in die Schule, um Gesang, Gebet und Bibelübersetzung einzuhören und zu sehen, wie deutsche Brüder in Englands Schule überzeugend waren. Erster Auftritt eines Rüttelchor: „Für die Befreiung kann keiner, die die Lehre Jesu Christi zur Grundlage hat“ — Zweiter Auftritt: „So bin der entzogene Heimling wie mein Vorfahr, der die Christuskirche geflüchtet ist in die Einsamkeit.“ — Dritter Auftritt: Ein Christusländerüber: „So kann man der ersten Menschen Gewissheit, deren Hüter sie noch ergriffenen Christen gezeigt hat“ — Brüder! ... Ein freier Gewerkschaftler, der es nicht über sich ergehen lassen konnte, dabei getreten zu sein, sagte endlich: „Ich kann von einer Bierwirtschaftspartei! — Ankosten des Brotes!

Nach dieser Theatervorstellung, die mit dem Gesang der christlichen Brüder, „Deutschland, Deutschland über“

Das Verbot der industriellen Nacharbeit der Männer.

III.

Ausgesehen von der umfangreichen regelmäßigen Nacharbeit in der Großindustrie ist sie im Arnsberger Bezirk auch in der Metallindustrie in erheblichem, in der Maschinenindustrie dagegen in nur mäßigem Umfang üblich. In den Metallhütten findet Nacharbeit statt in je zwei Kupfer- und Nickelhütten und in den beiden Zinkhütten des Bezirks. In dieser arbeiten die Stecher (L. Schmelzer) an den Reduktionsöfen, die Arbeiter in der Röstaröhrerei und die Mannschaften für die Röstaröhrerei, Maschinen- und Muffelofenbetriebe in 12stündigen Tag- und Nachschichten, während die übrigen Arbeiter der Reduktionshütten ihre Arbeitsschicht im allgemeinen um 4 Uhr früh beginnen und mittags endigen.

Ein großes Nidewerk hält den Betrieb der Martinoschmelze, des Blockwalzwerks, der Schweißerei, des Heißwalzwerks und der Glüherei, nach Bedarf auch des Kalzitwalzwerks nachts aufrecht. Im Bezirk Lüdenscheid werden von etwa 19 000 Arbeitern der Metallverarbeitung rund 600 in regelmäßigen 12stündigen Nachschichten an Walzwerken, Ziehbänken, Glüh- und Härtöfen, beim Vergüten und Verzinken und bei der Bedienung der Feuerungen nachts beschäftigt. Im Herforder Bezirk beschäftigen vielfach Messingwalzwerke, Rohr- und Drahtziehereien 20 bis 30 Prozent der gefärbten Arbeiter nachts, wobei die Ausnutzung der Wasserkräfte ins Gewicht fällt. Die Emailherstellerstätten einiger Herde und Geschirrfabriken werden auch nachts betrieben. Einige Eisengießereien lassen nachts die am Tage gegossenen Werkstücke aus den Formkästen nehmen, die Gussstücke an die Plätze der weiteren Bearbeitung bringen und Formkästen und Formsand zur erneuten Verwendung vorbereiten. Sonst werden in den Eisengießereien meist nachts die Trockenöfen und Temperöfen geheizt, in kleinen Martinshütten, die nur am Tage arbeiten, die Generatoren gefeuert und die Schmelzöfen neu befeuert. In den Schaufelschmelzen werden die Walzwerke auch nachts betrieben und in den Verzinkereien der Blechwarenfabriken wird ebenfalls nachts gearbeitet. Die Höhe des vorjährigen Sommers hat einzelne Hammerwerke des Hagenauer Bezirks veranlaßt, bereits um 3 oder 4 Uhr früh mit der Arbeit zu beginnen und diese mittags zu lassen.

Die Maschinenfabriken, Walzgussereien u. s. w., die im allgemeinen die Nacht nur zur Ausführung dringender eigener oder fremder Reparaturen zu Hilfe nehmen, kommen in Zeiten stärkerer Beschäftigung, wie solche im Berichtsjahr durchweg zu verzeichnen war, nicht immer ohne Nacharbeit der mechanischen Werkstätten aus. So wurde mehrfach die Arbeitszeit bis 11 oder 12 Uhr nachts ausgedehnt, in der Nacht zum Sonntag auch durchgearbeitet. Die mechanischen Werkstätten, die an die Stahlwerke und Stahlformgießereien angelossen sind, werden meist auch nachts betrieben. In den Hagenauer Klummalatoren werden von 1460 Arbeitern nachts in der Gießerei etwa 100, im Formerraum 2 bis 3 beschäftigt. Von den Elektrizitätswerken haben diejenigen, die vorwiegend elektrische Energie für Licht- und Krafterzeugung liefern, ihren Nachbetrieb unter Ausschluß der Werkstattarbeiter. Die Zentralen, die vorwiegend Strom für Straßenbahnbetrieb liefern, stellen ihren Betrieb meist um 11 oder 12 Uhr nachts ein.

Im Koblenzer Bezirk hat eine erst vor einigen Jahren neu entstandene und noch mit beschränkten Mitteln arbeitende Werkzeugfabrik zur besseren Ausnutzung der ganzen Anlage gleich von Anfang an Nacharbeit eingeführt für ihre 40 Arbeiter, „doch wird diese mit der Vergrößerung des Betriebes und bei gutem finanziellen Erfolg voraussichtlich ganz wegfallen“. Diese Darstellung befindet sich Unternehmer wie von dem berüchtigten Kirschbeamten gleichwohl Neitigkeit für die Nacharbeit. Der Unternehmer halte für die Durchführung seiner Pläne noch nicht genug Kapital und darum müssen sich die Arbeiter jahrelang durch Nacharbeit für ihn opfern, um seine Vereicherung zu beschleunigen. Wenn er dann einmal von seinen Arbeitern Steinreich gemacht werden soll, so wird er sich überlegen, ob er nicht jetzt auf den Nachbetrieb seiner Fabrik verzichten und endlich den Arbeitern ihre Nacharbeit ungeschmäler lassen sollte. Der Fall ist geradezu ein sündiger Missbrauch der Nacharbeit und spricht sehr wirksam für ihre gesetzliche Beseitigung. Diese Feststellung hätte auch der Fabrikinspektor machen sollen. Lehnlich liegen auch die folgenden Fälle. Eine Dräzisionsdruckerei und eine Präzisionsdruckerei und eine Achsenfabrikie mit zusammen 102 Nacharbeiterinnen suchen durch nächtlichen Betrieb ihre Wasserkräfte nach Möglichkeit auszunutzen. In sieben Emaillewerken, die die Mutteröfen zum Aufbrennen der Emaille je nach Bedarf auch des Nachts betreiben oder sie nur warm stehen, mögen etwa 40 Arbeiter des Nachts täglich sein.

Im Aldinei Bezirk haben 1780 Betriebe mit 42 570 Arbeitern Nacharbeit, woran jedoch nur 14 389 von ihnen beteiligt sind; dabei ist die unregelmäßige, durch Arbeitshäusling, Instanzschunzserbeiten u. s. w. bedingte Nacharbeit nicht berücksichtigt. Der Bericht konstatiert, daß sich fast überall das Beste reben

alle's endete, lebten wir in unser Quartier zurück. Hier empfingen die 25 deutschen Sozialdemokraten folgende Einladung: „Wir bitten um das Vergnügen Ihrer Gegenwart bei einer kameradschaftlichen Besprechung in der „Kesselsme“ Sonntag nachmittag 3 Uhr. Führer der Sozialisten Birmingham.“ Dies war für uns eine angenehme Überraschung. Die Schnauft, mit unvergleichlich zusammenzurommen und zu erfahren, wie es denen geht, bei denen unsere Herzen und Gedanken sind, war groß; jedoch aber die Enttäuschung, als wir nach kurzen Wortwechsel erfahren hatten, daß es in der großen Industriestadt Birmingham nur 50 Sozialisten, Mitglieder der Independent Labour Party (Arbeiterpartei) gibt, die Sozialdemokratische Partei hat überhaupt keine Mitglieder in Birmingham. Die Konferenz batte denn auch auf der üblichen Zeitung weiter keine Resultate gezeigt. Die Unkenntnis der Sprachen machte sich erheblich schmerlich bemerkbar.

Den Rest des Sonntags nachmittags verbrachten wir bei Lee, Gebet und Gesang im Park, wo natürlich ein jeder „nach seiner Fraktion“ feiern werden konnte. Der folgende Morgen fand uns in Stratford-on-Avon, der „Silberstätte des Volkes“, wie die Engländer sagen. Diese Geburts- und Grabstätte des großen englischen Dichters Shakespear macht auf den Fremden einen armeligen Eindruck. Die Engländer scheinen für Shakespear nicht viel libertig zu haben; wurde uns doch versichert, daß die Deutschen ihn besser kennen als die Engländer. — 30 Automobile, die von ihren Besitzern selbst geführt wurden, brachten uns alsdann über liebliche Alleen nach der Gartenstadt Bentville, wo unser Gang zur berühmten Schokoladenfabrik von Cadbury war. Unter Führung von Mr. und Mrs. Cadbury lebendeten wir durch häusliche Räume der Fabrik. Wohlfahrtseinrichtungen, wie wir sie in Deutschland nirgends haben, sondern wir dort vor: Schwimmbäder, Ruheplätze, Spielplätze für jung und alt. Die Arbeitszeit für die 6000 Angestellten der Fabrik beträgt für Männer 48 Stunden, für Frauen 43 Stunden pro Woche. Der Verdienst beträgt durchschnittlich 28 bis 30 M für Männer und 18 bis 20 M für Frauen und Mädchen. Kinder sollen

zeigt, nur die unbedingt notwendigen Arbeiten in der Nacht fortzuführen. Es entfallen auf die Gruppe mit Nacharbeit aus betriebstechnischen Gründen 6639, auf die andere mit Nacharbeit aus wirtschaftlichen Gründen 4834 Arbeiter.

Ausdrücklich nur zur Vergrößerung der Produktion hat die Fabelfabrik im Lachener Bezirk in einzelnen Abteilungen des Betriebes die Nacharbeit eingeführt. „Auch in dem Metallwerk ist der Nachbetrieb nur teilweise durch die Natur des Betriebs bedingt“, also entbehrlich.

Im Sigmaringer Bezirk bestand in 15 Betrieben für 88 Mann die Nacharbeit. Davon wurden 6 in 5 Elektroglühlampen nur während einer beschäftigten Zahl von Nachstunden beschäftigt. Bei den übrigen Betrieben ist neben einem Walzwerk mit 38 Arbeitern im wesentlichen die Papierindustrie mit 6 Betrieben und 19 Arbeitern beteiligt. Die Gewerbeinspektion besichtigte 6 Betriebe mit 56 Arbeitern zur Nacharbeit. „Die Anspruchsnahme der Arbeiter gab zu Bedenken keine Veranlassung.“

Über den Umsatz der industriellen Nacharbeit der Männer in den anderen Bundesstaaten finden sich in den Fabrikationsberichten nur spärliche Mitteilungen. Dabei wird in der Einleitung des bayerischen Berichtsbandes festgestellt, daß die Nacharbeit noch ziemlich stark verbreitet, innerhalb aber im allgemeinen ein Rückgang bemerkbar ist. Im Münchener Bezirk wird mitgeteilt, daß die Nacharbeit in einer Reihe von Betrieben und Gewerben (Buchdruckereien, Kunstsäfifabriken, Filialenvertrieb, Papiere- und Pappfabriken, Getreidemühlen und Bäckereien etc.) eingesetzt ist und neuerdings mehr und mehr in Anspruch genommen wird bei Neu- und Umbauten im Städteinnern, wo aus wirtschaftlichen Gründen der ununterbrochene Betrieb mit drei achtfältigen Wechselseitigkeiten eingeführt ist. Im unterfränkischen Bezirk fand sich Nacharbeit wegen Häufung der Aufträge in größerem Umfang in den Schweinfurter Gussstahl- und Angellagerfabriken vor.

Im württembergischen Bericht ist zu lesen: „Nacharbeit wird auch in Betrieben, wo eine Unterbrechung der Arbeit mit Mehrkosten verbunden ist, im Interesse der Arbeiterschaft ganz ausgesetzt oder doch möglichst beschränkt. Betriebe, wo der Arbeitsprozeß eine Unterbrechung nachts nicht zuläßt, sind im Bereich nicht mehr vorhanden. Einige Fabriken arbeiten in der Nacht mit beschranktem Personal, um die warnen, in den Preisen etc. zirkulierenden Fälligkeiten nicht zu sehr abstimmen zu lassen und etwaige Betriebsstörungen, die dadurch hervorgerufen würden, zu vermeiden.“ Also auch diese Nacharbeit ist nicht notwendig und nur reine Profitsoße auf Kosten der Nacharbeiter.

In Wadern führte eine große Automobilfabrik infolge starker Beschäftigung zwei Schichten von je 8½ Stunden Dauer ein. Die erste Schicht dauert von morgens 6 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, die zweite von da an bis nachts 12 Uhr mit je einer halben Stunde Unterbrechung. Diese halbe Nacharbeit war also ebenfalls nicht technisch notwendig.

Die Volksfürsorge und die Arbeiter.

So besteht sich ein Flugblatt, das durch die Agenten einer großen kapitalistischen Versicherungsgeellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und handbüchene Dummheit spricht aus jeder Zeile dieses über Machwerke. Es ist bezeichnend, daß, obgleich bis heute die Vorarbeiten für die Betriebsseinrichtungen und die Tarife der Volksfürsorge noch nicht einmal beendet sind, und ihre Konzessionierung durch das Kaiserliche Amt nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgeellschaften dennoch schon einen Verleumdungsschlag gegen sie eröffnen, der nur beweist, welche heillose Angst in den Kreisen dorfer, für die die Volksversicherung bisher ein so glänzendes Geschäft war, davon herrschen muß, daß die Versicherer ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Lämmer von ihnen scheren lassen.

Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt, die „Volksfürsorge“ solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gearbeitet werden, „um ihre Machtmittel zu verstören“; ein „neuer sozialdemokratischer Beamtentopparat“ solle installiert werden; bei der Vergabeung von Hypotheken werde man die sozialdemokratischen Parteiuнтерstehen fördern etc. Und dann wirft sich der Verfasser die Zoga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt: „Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrnehmung sozialdemokratischer Interessen und die saurer erwarteten Ressourcen“ darf es nicht geben, „um die Versicherer nicht zu belästigen“. Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich darauf, indem er den deutschen Arbeitern (!) einzureden versucht, die wahnsinnig hohen Gehalte der Direktoren, die hohen Lantienen der „erstklassigen“ Herren im Aussichtsrat, die fetten Dividenden der Aktiengesellschaften würden in ihrem Interesse gezahlt — denn — aufgeschaut! — dadurch werde „eine zielbewußte, geordnete Verwaltung gewährleistet“. Die Proleten verstehen so etwas natürlich nicht — das können bei einem guten Frühstück mit Aufläufen und Champagner im Interesse der

deutschen Arbeiter einzige und allein Herzöge, Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erstklassige Personen“, die zu den Ausschusssmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, gehören. Wie wie dumme muß doch dieser Flugblatt von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das beweist er dann weiter dadurch, daß er von so häufig erwiesenen Korruptionen bei anderen sozialdemokratischen Einrichtungen, von der „vielsachen Wirtschaft“ in den Krankenkassen, genossenschaftlichen Unternehmungen etc. schwört.

Warum wir von dem entsetzlich schlechten Gefasel Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer Arbeiter könnten sich in ihrer Empörung über die verleumderischen Angriffe zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar beabsichtigt, und deshalb warnen wir alle diejenigen, die bei den kapitalistischen Versicherungsgeellschaften durch mehrjährige Vertragszahlungen erworbene Rechte besitzen, diese nicht ohne weiteres aufzugeben. Wenn dies als Protest gegen diese insorme Hecke geschähe, würden sich die „erstklassigen Herren“ nur ins Fäustchen lachen und die versalten „sauer erwarteten Notgroschen“ schwungvoll in die Tasche stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhält sie sich, indem er zum mindesten solange seine Beiträge weiterbezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Polizei in eine Freipolice zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die garantie Versicherungssumme nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die Umwandlung seiner Polizei in eine Freipolice für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet.

An alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter richten wir die Mahnung, die beispiellosen verleumderischen Angriffe auf die in ihrem Interesse beschlossene Errichtung der Volksfürsorge damit zu beantworten, daß sie hinsichtlich ihrer Versicherung bei den kapitalistischen Gesellschaften nicht abschließen. Eine geradezu flebaste Tägigkeit ist von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden; sie haben alle Minen springen lassen, um das Zustandekommen der Volksfürsorge zu verhindern, nicht willkürliche bürgerliche Blätter zu beeinflussen versucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hinweisen, und bieten jetzt alles auf, um diejenigen, die nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden, in letzter Stunde noch an sich zu reißen.

Trotz allen Mühens aber wissen sie heute schon, die Volksfürsorge kann nicht verbieten werden, weil die Herren nicht in der Lage sind, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber — wann die Konzessionierung erfolgt, vermag heute noch keiner zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die begeisterten Freunde der Volksfürsorge, etwas Geduld zu haben. Über auch dann, wenn die Volksfürsorge ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht plötzlich in ganz Deutschland auf einmal zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Flut von Anträgen, die ihr täglich zugehen würden, einsack ersinnen. Gut Ding will Weile haben; eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen hindern, nachdem die Errichtung der Volksfürsorge von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen ist, konsequent zu handeln und allen Bodungen und Verleumdungen zum Trotz den Sendboten der „Erstklassigen“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zukunft nur noch bei der Volksfürsorge!“

Wohlfahrtsrummel.

(Der Firma Krupp und den Kruppiauen gewidmet.)

Unfähig der Jahrhunderte des Hauses Krupp konnte sich die Mehrzahl der bürgerlichen Zeitungen gar nicht genug tun in Lobpreisungen dieser Firma, die so ausgiebig „für ihre Arbeitersorge“. Hatte doch die Firma 14 Millionen für ihre Beamten und Arbeiter gespendet. Man denkt, vielleicht in Millionen! Es waren allerdings einige Klaußeln mit diesen Schenkungen verknüpft, bis es bedingen, daß der größte Teil der Arbeiter von dieser Wohlfahrt keinen Nutzen hat, wie es ja meistens schon bei den jetzt bestehenden Einrichtungen der Fall ist. Besonders bei der Pensionstasse ist dieses so, da die Firma Krupp im Gesamtbetrag zu einem großen Teil anderer Betriebe, auch Staatsbetriebe, von den eingezahlten Beiträgen nichts herausgibt. Wie dabei vorausgesetzt wird, möge ein Beispiel von Tausenden beweisen:

Ein Arbeiter, Vater von fünf Kindern und über fünfzig Jahre bei der Weltfirma beschäftigt, mache die Wahrnehmung, daß seine Familie unter den ungünstigen Zuständen Essens immer mehr leidet und die Eungenstrafe weitere Fortschritte mache. Um seine Familie nicht ganz zugrunde zu richten, sah der Mann den Entschluß, sich in einer andern Gegend Arbeit zu suchen. Da er durch mehrmalige Krankheiten seiner Familie, die einen Zustand bedingt, schon große Ausgaben gehabt hatte, wandte er sich zum erstenmal an die Firma um eine Unterstützung in der Höhe seiner zur Pensionsklasse geleisteten Beiträge. Als Antwort erhielt er von der Wohlfahrtsschule folgenden Brief:

„Die Pensionsklasse ist gemäß § 15 des Statuts nicht berechtigt, geleistete Beiträge ganz oder teilweise zu erstatten. Auch eine Unterstützung aus anderweitigen Mitteln kann Ihnen nicht bewilligt werden.“

Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft.

Steuer hinzu, die nicht sehr hoch sein sollen. Fast jedes Haus hat einen Gartenzimmer, in den kleineren befindet sich die Babewanne entweder in dem Küchenboden versenkt und mit einer Klappe zu bedecken, oder es ist an der Seite der Küche ein Kabinett dazu erichtet. Das Dorf erhält Gas, Wasser und Kanalisation von Birmingham. Jedes Haus ist ein Gartenland von zirka 500 Quadratmetern zugewiesen, das der Besitzer oder Pächter nach Belieben bebauen kann. Die Straßen sind 12,75 Meter breit, die Häuser stehen 6 Meter von der Straße entfernt, so daß die Entfernung von Hausfront zu Hausfront 25 Meter beträgt. Für die 3833 Köpfe zählende Bevölkerung dieses Dorfes ist im Laufe der Zeit eine Kirche und eine Knaben- und Mädchen Schule errichtet worden, die letztere allein mit einem Kostenanschlag von 563 000 £. Von den Dorfbewohnern arbeiten in Bourneville 41,2 Prozent, in Kings Norton 4,7 Prozent, in Selly Oak 13,9 Prozent (beide 1½ Kilometer von Bourneville), in Birmingham 40,2 Prozent (6 Kilometer von Bourneville). Von diesen sind 60% als Fabrikarbeiter, 50,7 Prozent, als Kontorangestellte und Reisende 18,3 Prozent, als Mechaniker, Zimmerleute und in sonstigen Berufen 36 Prozent. Es ist eine Tatsache, daß durch die Gartenstadtkreuzung die allgemeine Lage der betreffenden Bewohner gehoben wurde. Waren die englischen Einfamilienhäuser alle nach Baumhügel-Muster, so hätten die deutschen Arbeiter alle Urfaße, sie zu benutzen, aber da sieht es noch sehr windig aus. Die deutsche Durchschnittsmietwohne ist dem englischen Einfamilienhaus in den Großstädten entschieden vorzuziehen. Wie groß die Vorteile des Bourneviller Einfamilienhauses sind, zeigen folgende Sterblichkeitszahlen: Es starben in den 5 Jahren 1903 bis 1908 pro Tausend in Bourneville 5,7 Prozent, im umliegenden Bezirk 10,4 Prozent, in England und Wales 15,3 Prozent. Die Kindersterblichkeit bei 1000 Lebendgeburten betrug in Bourneville 77,2, im umliegenden Bezirk 97,8, in England und Wales 129,2.

Nachdem wir gruppenweise die Birminghamer Universität, den Justizpalast, die Bibliothek und die elektrische Zentrale besichtigt hatten, verabschiedeten wir uns von unseren Gastgebern, um noch von Eigentümern bewohnt. Zu diesen Preisen kommen noch die

Wie man sieht, wurde die Firma von der Not eines alten Arbeiters nicht berührt, trotzdem man sich so gern mit dem Möntchen der Nachstenliebe dekorirt. Es war dem Mann unverständlich und deshalb stand er sich nochmals in einem Schrein an die Firma. Durch erneute Krankheit der Familie, sowie durch den Umzug von Essen nach Chemnitz waren ihm große Kosten entstanden. Damit glaubte er die Herzen röhren zu können. Daß er aber im Zirkum war, davon konnte er sich durch nachfolgenden Brief überzeugen:

„Wir bestätigen unsere Mitteilung vom ... Oktober et., bei welcher es sein Verloben behalten muß.“

Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft.“

Nun war das Jubiläum des Hauses Krupp herangelommen und der Arbeiter, der über fünfzehn Jahre lang dem Hause Krupp seine ganzen Kräfte geopfert hatte, glaubte die Zeit gekommen, wo auch er, in Anerkennung alter Dienste und Treue eine Unterstützung in seiner Not erhalten würde.

Er wandte sich an die hochherige Güte des eingeholtenen Besitzers dieses Riesenwerkes und fragte ihm seine Not. War doch die Frau immer fröhlich und ein Kind infolge der Verkümmерung gestorben, die andere in ihrem Wachstum zurückgeblieben. Noch nie hatte der Arbeiter etwas aus der Unterstützungsliste erhalten, wohl aber war er für sein Wohlverhalten und seine Pflichtlichkeit verschiedenmal prämiert worden. Alles dieses rief der Arbeiter diesen Herrn ins Gedächtnis. Doch umsonst! Wie man einen aufständischen Bettler abschüttelt, so schüttete man im Antwortschreiben diesen Arbeiter ab. Hier der Brief:

„Wir verzweilen auf unsere Mitteilung vom ... Dezember 19... unter Hinzufügung, daß meine Tochter eine Erkrankung, gleichviel an wen sie gerichtet sein sollte, zu endlos sein, und nicht mehr beantwortet werden würden.“

Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft.“

Aus diesen Tatsachen heraus können die Arbeiter die ungeheure Heuchelei ermessen, die in den Wohlfahrtsseinrichtungen versteckt ist. Nicht um Wohlfahrt für die Arbeiter ist es den Herren zu tun, sondern um sich einen Stamm Arbeiter zu halten, der billig und jederzeit willig dem Unternehmer zu Gebote steht. An ausscheidenden Arbeitern hat man kein Interesse mehr, weil man ja von ihnen keinen Nutzen mehr hat. Wie schrieb doch die Arbeitgeberzeitung im Jahre 1904 (Nr. 41)?

„Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtsseinrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtsseinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.“

Ferner war in dem angezogenen Lettartikel an einer vorhergehenden Stelle noch folgendes zu lesen:

„Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohlfahrt dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, das heißt zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für die Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtsseinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem sie ihm vom Lohn abzieht.“

Für die Arbeiter selbst ist dieses wieder eine Mahnung, nicht auf das Wohlwollen der Unternehmer zu bauen, sondern sich nach dem Spruch zu richten: Wer auf sich vertraut, und setzt um sich haut (natürlich nur bildlich). Neb., der hat auf seinen Sand gebaut.

Wenn die Arbeiter erkannt haben, daß sie ihre Lage nur durch Selbsthilfe, durch ihre Organisationen verbessern können, dann werden sie auf die scheinheiligen Wohlfahrten pfeifen und werden durch ihre Organisationen mehr an Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung herauftreten, als ihnen jemals durch die Gnade der Unternehmer gewährt wird.

Die neue — die kapitalistische Inquisition.

Mit Schauburn und eskortierendem Blute liest man die Schrecken von den entsetzlichen Greueln der christlichen Inquisition, in der römischen Kirche das geistliche Gericht zur Ausplätzung und zur Herbeiführung der Bestrafung von Ketzerien, das heißt von Ungläubigen. Da der alchristlichen Kirche hatten die Bischofs die Peitsche, gegen Ketzer mit kirchlichen Strafen bis zur Exkommunikation vorzugehen. Nachdem das Christentum Staatsreligion geworden war, traten zu den kirchlichen Strafen noch bürgerliche, weil die Ketzer als ein Verbrechen gegen den Staat galt. Im Jahre 1352 wurde zuerst die Todesstrafe wegen Ketzerie vollzogen. Die eigentliche Inquisition entwölkte sich erst im 12. Jahrhundert, als mit den Albigensern und anderen die Ketzer eine „bedrohliche Ausschwärzung“ fand. Nachdem schon Papst Clemens III. auf dem Konzil zu Perugia (1148) nähere Vorschriften über das Verfahren gegen Ketzer erlassen hatte, griff Innocenz III. mit scharfen Maßregeln ein. Um das Jahr 1199 sandte er zwei Bischöfe mit weitreichenden Vollmachten zur Unterdrückung der Katharer und der Albigenser nach Südfrankreich, wozu auch die weltliche Macht aufgeboten wurde.

Am selben Tage Manchester zu erreichen. Nach einer mehrstündigen Eisenbahnsfahrt durch die steile Gegend des Peak, während der Mittagessen im Coups eingenommen wurde, gelangten wir am Nachmittage dort an. Zu dieser Handels- und Industriezentrale empfing uns eine Atmosphäre, die alle Lust und Freude an dem Neuen stark beeinträchtigte, wenn nicht ganz nahm. Zuerst glaubte man an eine Finsternis, bald aber wurde uns klar, daß es der Rauch und Dunst der vielen Fabriken ist, der die Luft so verpestet. Unter Führer, der deutsche Konzil — ein sehr geschäftiger und eifriger Reserveoffizier — ist um uns sehr besorgt gewesen, so daß zu unserer „Sicherheit“ zwei mit ordentlichen „Spazierstöcken“ bewehrte Schuhleute überall mitlaufen! Man sagte uns auf Beifragen, die Schuhleute leisteten uns als „Privateuten“ Gefälligkeit. Eine Fahrt auf dem Schiffstapel von Manchester! 860 Millionen kostet diese Verbindung zwischen Manchester und Glasgow; der Kanal reichte sich zuerst nicht, erst nachdem ihn die Stadt nach großen Verlusten der Gesellschaft für viel weniger Geld übernahm, stieg die Rentabilität. An seinen Ufern stehen große Unternehmen von Handel und Industrie. Ein Wunderwerk ist die große dreihörende Kanalschleuse. Wir fuhren mit unserm Schleppdampfer im Kanal, über diesem ist die Brücke für den Personentreff. Wir bewunderten dieses Werk und hörten gleichzeitig, daß der Erbauer aus Angst vor dem Niedergang seines Kunstwerkes beim Probieren der Kanalschleuse sich in die Felder flüchtete, wo man ihn nach langem Suchen aus einem Bergholz holte, um ihm mitzutun, daß sein Werk alles los verdiene.

Der Abend fand uns im Midlandshotel, wo uns der Lord-Mayor begrüßt und uns mitteilte, daß er infolge des Transportarbeiterstreiks in den letzten sieben Tagen nur sieben Stunden geruht habe und bestwogen erst am kommenden Morgen fähig sein werde, zu uns zu sprechen. Jetzt erst war es uns klar, worum man uns die Schutzmansbedeckung gab. Ein peinliches Gefühl hemmte sich der denkenden Arbeiter: wie sollten vor unseren Zeitgenossen „geschützt“ werden! Fortsetzung folgt.

Das vierte Lateranconcil (1215) machte die Ausspürung und Bestrafung der Ketzer zu einer Hauptaufgabe der Bischofe. Jeder Bischof wurde verpflichtet, seine Diözeze persönlich zu durchreisen oder durchreisen zu lassen und in jeder Parochie (kirchlicher Bezirk) drei Einwohnern von unbescholtener Rufe das eidliche Versprechen abzunehmen, alle der Ketzerlei Verdächtigen anzuseigen. Das Konzil zu Toulouse (1229) verschärfte diese Bestimmungen noch. Die geheimen Justizbehörden der Ketzer sollten auf Grund des allgemeinen Ge-richtes, geheimer Denunziation oder auch der Selbstanklage erfasst und entdeckter Ketzer gesangen genommen werden. Wer einen Ketzer verbarg, wurde mit Verlust des Vermögens oder gar des Lebens bedroht. Jedes Haus, in dem man einen Ketzer fände, sollte niedergeissen werden. Wer mit einem Ketzer, sei es auch nur in einem Wirtschaftshaus, verkehrte oder ihm Almosen gab oder in der Ehe mit ihm lebte, war ebenfalls verdächtig. Wer auf die Vorladung nicht erschien oder flüchtigte galt als schuldig; wer erschien, wurde eingekerkert. Die Namen der Ankläger und der Zeugen wurden den Angeklagten verheimlicht; als Zeugen wurden Gläubige und Ungläubige, ja selbst Meineidige und Verbrecher zugelassen. Wenn der Angeklagte leugnete, wurde die Tortur angewandt; schwor er sofort seinen Fehlstand ab, so kam er mit den kirchlichen Strafen davont; wurde er für schuldig erkannt, so kamen meist noch weltliche Strafen hinzu. Kirchliche Strafen waren die öffentliche Schausstellung des Ketzers vor der Kirchenfürst, Wallfahrten, Bußübungen, bei denen die Büßer, angefanzt mit einem Buchend, sonnliglich in die Kirche zogen und auf dem entblößten Rücken vom Priester mit Ruten gepeinigt wurden; ferner Exkommunikation und für ganze feierliche Gegenden das Interdit (der Kirchenbann). Die leiblichen Strafen, namentlich die Todesstrafe, überließ die Kirche der weltlichen Obrigkeit, denn die Kirche „dürstet nicht nach Blut“. Weltliche Strafen waren Entziehung des Vermögens, öffentliche Geißelung, Kettenhaft, häufig auf Lebenszeit, und zwar bei Wasser und Brod, in enger, nur mit einer kleinen Doseßnung an der Seite versehener Zelle, Einmauerung, oft noch durch Fesselung in Ketten verschärft, Deportation auf die Galeeren und endlich der Tod, meist auf dem Scheiterhaufen. Das christliche Gewissen wurde schon im 12. Jahrhundert den Kettern verweigert, in späterer Zeit grub man sogar die Leichen derer, die nach ihrem Tode als Ketzer erkannt wurden, aus und verbrannte sie. —

Wir entnehmen diese objektive geschichtliche Darstellung der Entstehung und Organisation der Ketzerverfolgungen dem Brockhauschen Konversations-Lexikon. Es wird dann weiter ihre Einführung, Entwicklung und Tätigkeit in den einzelnen Ländern dargestellt und seit daraus hervorgeht, daß die Inquisition in Frankreich, wo sie mit der Bartholomäusnacht vom 24. August 1572 (der Bluthochzeit des späteren Königs Heinrich IV.) in Paris, der 3000 Hugenotten zum Opfer fielen, ihren Höhepunkt erreichte, im Jahre 1772 aufgehoben wurde. In Spanien errang den Ruhm der Bluthund Thomas de Torquemada als Generalinquisitor, der in der Zeit von 1481 bis 1498: 8800 Menschen lebendig, 6500 im Bilde verbrennen, 90 000 mit Verbündetenstrafen und kirchlichen Bußgängen belegten ließ! Erst der zum König von Spanien ernannte Josef Napoleon hob im Jahre 1808 die Inquisition auf, die aber nach seiner Vertreibung Ferdinand VII. im Jahre 1814 wiederherstellte. Aber endlich widerkehrte sich das Volk energisch der Inquisition, wofür sie 1834 definitiv aufgehoben und mit ihrem Vermögen Staatschulden bezahlt wurden. In Spanien sind infolge der Inquisition 34 568 Menschen hingerichtet und 288 214 Menschen zu den Galeeren oder zu lebenslangem Gefängnis verurteilt worden. In den Niederlanden ließ Karl V. mindestens 50 000 Menschen hinopfern, die dann den Absatz des Landes von Spanien zur Folge hatten. —

So eben so jährt in seinem bekannter Werke über die „Pfaffenheit“ die Zahl der armen, bedauernswerten Menschen, die in der sogenannten Weise zu Tode gemartert wurden, weil sie sich der Bauerei und Keterei schuldig gemacht haben sollten, auf *2 bis 3 Millionen!* Drei gab es keinen Geschlechts- und keinen Altersunterschied. Von zweijährigen Kindern bis zu neunzigjährigen Greisen wurden die Menschen hingenossen. Niemals feierte die Beute im Neujahrsfest eine solche Orgie als bei den Hexenprozessen. Weitester Glaubenswahn, kindverbrämteste Wunderfurcht, tiebhafte Tollheit und Grausamkeit rangen bei diesen Ereignissen um die Palme. Und kein Mensch wagte es Jahrhunderte lang, diesem grauenhaften Aberratio entgegenzutreten. Theologen und Juristen weiterher darin, Menschenbrände zu schützen und die blutrünstige Tollheit in ein System zu bringen; Katholiken und Protestanten überboten sich an Verfolgungswut.“

Ein einziges großes Irrthum war die damalige christliche Welt, die gruseligen Glaubensfanatismus mit physischer Verfolgungs- und Verdruß wie gemeinsame verbrecherische Sabotage dazu gemacht hatte. Welche Motive Nachsucht und Eigennutz spielen, dafür mögen aus dem Rosenkranz-Werke nur ein paar Beispiele angeführt sein. Im Jahre 1592 wurde die 70jährige Erbmarquessin von Battenberg in einem Hexenprozeß verurteilt, weil ein Schäfer sie demütigt hatte, mit dem sie wegen eines Gulden in Streit geraten war. Der Schäfer sagte sie an, „sie habe in vergangener Nacht bei dem Tempel zu Gedeler gestanden, er selbst habe dabei geblossen“. Erst nach dreijähriger Eindehrung und mit enormen Geldopfern gelang es der Familie der Erbmarquessin, ihr vor dem Scheiterhaufen zu retten. Drastischer ist noch das folgende: In Bimbheim im jetzigen Großherzogtum Hessen forderte im Jahre 1661 der Oberhauptmann die Regierung auf, ihn zur Ermordung neuer Hexenprozesse zu ermächtigen; dadurch könnte die Herrschaft auch soviel bei denen bekommen, daß die Brüder wie auch die Schwestern wiederum in guten Stand gebracht werden. Noch überdrüsiger ist jedoch, sie auch jetzt haben, daß deren Dienst inständig lebten so viel besser beschäftigt werden“. Um also der Gemeinde und der Herrschaft Geld in den Hinter zu bringen, wachte dieser biedere Schultheiß den gewölbten Vertrag, wobei einzelne Segen nach Segenreize zu verbrennen, damit deren Vermögen konfisziert werden könnte! Solcher Gemütemenschen hat es zweifellos eine Riege gegeben; die Hexenprozesse hellten eine ebenso graue Ginnungsmasse dar, wie die Konsolation der Kirchengeister. Solch entzückten die Inquisitoren und die mit ihnen verbündeten Juristen goldenen Zeiten. Nun gewann die geistlichen und weltlichen Fürsten Deutschlands für den Hexenprozeß; jene, indem man ihnen eindringend weinte, wie sehr darum den häretischen Feinden Gotteshaus gefährdet würde, beide zusammen, sowie die kleinen Dynastien und Städtefürstentümer, indem man aus des Eintrücks des Gesetzes hörte. Das Vermögen der Gemeinden wurde eingezogen und in der Regel so verteilt, daß jedes Drittel davon dem Grundherrn und ein Drittel den Bürgern, Edelherrn, Geistlichen, Spionen, Angebern und Schriftsteller galt, nach jeweils möglichster Tötung nachzuladen. Herrenräte und Herren bereiteten für gerade zur Zeit der größten Verwirrung Zweckmässigkeiten, während des Häretischen Krieges, ganz anständig. Letztere kostete in dem einzigen Jahr 1631 der Hexenprozeß 169 Taler. Es ist daher nicht zu viel gesagt, wenn man sagt die Hälfte der Hexenprozeße auf Rechnung der Hexenprozeß getrieben wird.“ (Sch. Scher.)

Und der protestantische Theologe Müntz (gestorben 1590), der ja fast die gleichen Hexenprozesse zugesehen war, erklärte Grammatik und Logik, Umgang und Schreibweise, Schrift und Sprache für die sogenannten Laster der Hexenprozesse. Er sagt unter-

ander: „Wüßt wäre es, wenn man in die scharse Zug-Stuben solche Neime schreib:“

Wenn Richter trachten nach dem Gut,
Die Henker düstel nach dem Blut,
Die Zeugen suchen ihre Rache,
Müß Unschuld schreien Weh und Ach.“

Besteht man diese kurze summarische Darstellung der „christlichen“ Inquisition und vergleichbar mit sich die seit Jahren von den Kapitalistischen und ihren Söldnern unter dem Schlagwort „Kampf gegen den sozialdemokratischen Terrorismus“ betriebene fanatische Ketze zu dem Zwecke, Ausnahme und Zuchthaus gegen die vorwärts gerichteten Befreiungen der freiheitlich gesinnten organisierten Arbeiterschaft herbeizuführen, so wird man keinen unpassenden Vergleich darin finden, wenn man diese Vorgänge in Vergleich stellt mit der christlichen Inquisition der Vergangenheit und sie die neue, die kapitalistische Inquisition nennt. Moltz und Bredt sind hier zu sagen die gleichen wie dort. Der Kapitalismus mit seiner Ausbeutung soll ausgebetteten Besitzlosen als Religion eingehäuft werden, der sie sich zu unterwerfen haben und wegen sie sich nicht ausleben sollen dürfen bei schwerster Strafe. Die Arbeiter sollen im Reiche des Kapitalismus mit dem zufrieden sein müssen, was ihnen die Unternehmer geben, wie der willenslose und unterläufige Christ sich im Reiche der Religion allen Anordnungen des Papstes und der kirchlichen Obrigkeit widersprüchlich zu führen hat. Zuständigkeit, Genügsamkeit, Unterwürfigkeit und Untertänigkeit fordert der Kapitalismus von den Arbeitern, und der strengste, mit Zuchthausstrafen geschaffene Schulz der Arbeitswilligen soll die gesamte Arbeiterschaft dazu dringen. Alle Arbeiter sollen die Qualifikation von Arbeitswilligen erhalten, dann ist das tausendjährige Reich des Kapitalismus ausgerichtet, dann ist das vervollständigte Programm des Regensburger Bischofs v. Henke verwirklicht und der entsprechende Zustand gesichert: Wer Herr ist, soll Herr bleiben! Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!

Das Volk, das die Bestialität und den Wahnsinn, das Verbrechertum der alten Inquisition überwunden hat, wird deren Wiedergeburt zum Schuh des kapitalistischen Ausbeuteriums, zur Vereinfachung der historioidrig gewordenen Ausbeuterordnung mit allen zulässigen Mitteln zu verhindern wissen. Die von der kapitalistischen Klasse eingestrebte neue Inquisition mit Zuchthaus und Ausnahmegesetzen soll nicht zur Tatsache, die Menschheit soll nicht neuerdings auf Jahrhunderte hinaus einer rasch- und habösüchtigen, blutdürstigen und mordlüstigen, barbarschen Inquisition ausgeliefert werden, und darum ist der Kampf des Proletariats gegen den kapitalistischen Zuchthaus- und Inquisitionssturs ein hoher Kulturmöp im besten Sinne des Wortes. —

Nieder mit dem kapitalistischen Zuchthaussturz, nieder mit der neuen — der kapitalistischen Inquisition!

Die Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung im Köln-Mülheimer Industriegebiet.

Am 10. August wurden die in Nr. 22 unserer Zeitung veröffentlichten Forderungen von den drei in Frage kommenden Organisationen eingereicht. Die Einreichung geht auf die einzelnen Unternehmer und an den Arbeitgeberverband mit dem Erfuchen, die Antworten bis zum 18. August an unsere Organisation gelangen zu lassen. Von den 73 Firmen antworteten 39. Somit die Firmen dem Arbeitgeberverband angehören, antworteten sie alle wie folgt:

„Wir beflecken uns ergeben zum Empfang Ihres Schreibens vom 10. dieses Monats. Anträge in seinem Sinne sind uns bisher von unseren Arbeitern nicht zugegangen. Wir werden aber die angegebenen Punkte mit unserer Arbeiterschaft unter Berücksichtigung der bei uns bestehenden Verhältnisse prüfen.“

Damit war für uns der Sieg gezeigt, um die Verhandlungen von Betrieb zu Betrieb durch Kommissionen aufzuführen zu lassen. Es war dieses ein mühsamer Weg und diese unser Kollegen wurden anfangs etwas ungebildigt. Aber dieser Weg hatte das Gute für sich, daß wir die Arbeiter jedes Betriebes richtig aufzutüllen konnten. Eine Anzahl der Unternehmer glaubte uns zuvor kommen zu können, indem sie ihre Arbeiterauszüsse, Kaufmännenvorstände oder, wo deren keine vorhanden waren, sich selbst Kommissionen bildeten und diese vorzunehmen ließen, um mit ihnen zu verhandeln. Überall wurde ihnen aber die Antwort zuteil: „Sie haben wir kein Recht zu verhandeln und es muß deshalb erst einmal von den Organisationen eine Beiräteversammlung abgehalten werden. Als die Unternehmer sahen, daß die Arbeiter Disziplin hielten, hörten sie mit ihren Verwünschungen auf. Nach und nach wurden in 30 Betrieben Kommissionen vorgebildet und es gelang bis jetzt in elf Betrieben mit über 600 Beschäftigten weitere Forderungen festzustellen zur Durchführung zu bringen. Nachdem des Zentralvereins die Überzeugung batte, daß weitere Firmen nicht vorhanden waren, wo ohne Kampf unsere Forderungen durchgeführt werden könnten, und es auch als schiefend zu betrachten war, daß der Arbeitgeberverband beschlossen hatte, nicht unter 51 Stunden Arbeitzeit zu gehen, wurde beschlossen, den Kampf gegen die beiden größten Firmen des Arbeitgeberverbandes, Rauchwarenmanufaktur Humboldt in Köln-Ehrenfeld und Gasmotorenfabrik Köln-Teuß zu richten. Nach mehreren Versammlungen und Verhandlungen nahmen die Arbeiter der Firma Humboldt nachfolgende Forderungen endgültig an:“

1. Eine regelmäßige Minimalearbeitszeit von 37 Stunden pro Woche, vermindert um die Basis- und Rückenzeit von jedem 3-3 Minuten je 36 Minuten, so daß eine reine Arbeitszeit verbleibt von 36 Stunden 24 Minuten oder 56½ Stunden. Die Einteilung der Arbeitszeit bleibt den Arbeitern überlassen.

2. Überflunden sind diejenigen Stunden, die über die normale Arbeitszeit hinausgehen; für diese werden feste Zuflüsse gewährt, und zwar: für die ersten drei Überstunden am Tage 12,-, von der vierten Stunde an 15,-, für Sonntagsarbeit 20,-. Die Sozialarbeiter erhalten den Zufluss zu ihrem Verdienst. (Was jetzt geschieht ist für alle Überarbeit, ganz gleich, ob Montag oder Sonntag, pro Stunde 10,-.)

3. Der Montag- und Wechseltag werden 8½ pro Schicht beobachtet.

4. Zur Verkürzung der Arbeitszeit von 3½ Stunden pro Woche tritt für die Sozialarbeiter ein Ausgleich von 1,2 Prozent ein. Bruttozeit werden also oben abgerundet. Da es den Arbeitardarbeite zu ihrem Nutzen ist, so ist es für alle Überarbeit, ganz gleich, ob Montag oder Sonntag, pro Stunde 10,-)

5. Die Abgrenzung der Gasmotorenfabrik Köln-Ehrenfeld und des Betriebes und man kann diese Abgrenzung wohl als offizielle Abgrenzung des Arbeitgeberverbands betrachten. Die beiden Firmen beschäftigen zusammen über 6000 Arbeiter. Das Zentralverein hat nunmehr beschlossen, die obigen Vereinbarungen für alle Betriebe als Mindestverträge zu gelten zu lassen und die ihre Durchführung mit den übrigen Firmen einzurichten.

Sie darf erzählen, daß es zu großen Rücken nicht mehr kommt wird, denn die Firma Humboldt, deren Generaldirektor Pötzl an der Spitze des Arbeitgeberverbands steht, hat selbst erklärt, daß es wegen der Durchführung ihrer Vereinbarungen zu großen Rücken nicht kommen könnte. Heute darf man deshalb schon sagen, unsere allgemeine Bewegung hat bis jetzt einen Erfolg gezeigt, für den in anderer Zeit die Arbeiter

monatelong haben lärmten müssen. Jetzt sehen es unsere Kollegen, diesen Erfolg in der Kleinagitation geführten zu gebrauchen, so sind noch unzählige Mitglieder unseres Verbands dauernd zu zuführen. Bis jetzt haben wir in Köln und Mülheim über 1800 neue anfragen zu verzeichnen und nun gilt es, alles daranzutun, um diese neuen Mitglieder zu schulen und zu festigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fertümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. September der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. September 1912 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:
Der Verwaltungsstelle Hachenheim weitere 10,- pro Woche auf die Dauer von 40 Wochen.
Der Verwaltungsstelle Salzungen 5,- pro Woche vom 1. Okt. an.
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Beischluß des Vorstandes:
Der Dreher August Pannach, geb. am 4. Januar 1892 zu Oschersleben, Buch-Nr. 1,945 159, wegen Markenmanipulationen.

Für nicht wiederaufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Metallarbeiter Willi Göttling, geb. am 7. Mai 1880 zu Berlin, Buch-Nr. 1,408 029;
der Mechaniker Walter Umm, geb. am 3. Dezember 1890 zu Berlin, Buch-Nr. 509 851;
der Mechaniker Alfred Weiß, geb. am 25. September 1883 zu Berlin, Buch-Nr. 132 898;
der Werkzeugmacher Wilhelm Pannwitz, geb. am 8. Sept. 1882 zu Berlin, Buch-Nr. 838 953;
der Mechaniker Hugo Rabius, geb. am 15. Juni zu Ilmenau, Buch-Nr. 906 863;
der Mechaniker Otto Kalt, geb. am 9. April 1882 zu Pirna, Buch-Nr. 653 222;
der Mechaniker Arthur Boreczog, geb. am 23. Juli 1882 zu Pirna, Buch-Nr. 418 559, sämtliche wegen Schädigung von Verbandsintressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bittau:

Der Schlosser Reinhold Kolb, geb. am 15. Oktober 1888 zu Bittau, Buch-Nr. 1,004 993, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Bezirksleitung des 3. Bezirks:

Der former Reinhold Haupt, geb. am 3. November 1876 zu Prosen bei Elsterwerda, Buch-Nr. 1,894 618;
der former Reinhold Kümmel, geb. am 10. April 1879 zu Prosen bei Elsterwerda, Buch-Nr. 1,733 256, beide wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Essentlich gerichtet wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Brandenburg:
Der Metallarbeiter Albert Eichbaum, geb. am 20. Juli 1870 zu Brandenburg, Buch-Nr. 250 891, wegen Verleumdung von Verbandskollegen.

Aufforderung zur Rechtserklärung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich gegen die gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sodann einer dreimaligen Aufforderung eine Frist gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bocholt i. W.:

Der former Josef Wilker, geb. am 26. April 1886 in Schinkel bei Osnabrück, Buch-Nr. 576 167, wegen Nichtablieferung einer fakturierten Gelder.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Koblenz:

Der Heizungsmechaniker Franz Kirchner, geb. am 27. Juli 1883 zu Ober-Gladbach, Buch-Nr. 1,913 558, wegen Nichtbeachtung von Beischlußen (Sperrebruch).

Auf Antrag der Bezirksleitung des 9. Bezirks:

Der Gießer Henry Hamann, geb. am 23. April 1873 zu Gebweiler, Buch-Nr. 1,296 386, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Zurückgenommen wird die Nichtwiedereraufnahme-Erläuterung:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
Gegen den Gießer Adolf Gräfle, geb. am 28. November 1885 zu Cannstatt, Buch-Nr. 1,481 551. (36—12)

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch-Nr. 1,963 464, lautend auf den Schlosser Martin Bogalewski, geb. am 5. Juni 1896 zu Kaminen.

Beleidet wurde:

Das Mitgliedsbuch-Nr. 1,314 552, lautend auf den Schlosser Otto Dittmar, geb. am 12. März 1881 zu Kuhla.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rotestraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rotestraße 16a; auf dem Poststempel ist genau zu bemerken, wosür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzuhalten:
von Drahtziehern nach Köln-Ehrenfeld (Firma Wahlen) R.;
von Dreher, Maschinenarbeiten, Schlosserei, nach Dortmund (Firma Petri und Helsing) D.; nach Kaldenhausen (Fa. G. Röhr) D.; nach Pilsen (Stodarwerke) D.;
von Elektromonten nach Arbon (Schweiz) R.; nach Dänemark, L.; nach Kopenhagen, B.; nach Helsingfors (Finland) S.; nach Schleswig-Holstein, S.; nach Schlesien,

von Kupferschmieden nach Annaberg; nach Grünhirschau, St.; nach Herzberg, St.; von Metallarbeiter aller Branchen nach Altwasser (Fürstensteiner Gruben) Mi.; nach Apenrade (Kleinbahnhofwerftäte) M.; nach Belgrad (Firma Gebr. Gogojec, Maschinenfabrik) St.; nach Brunsbüttel (Fa. Holzmann) St.; nach Budapest (Ganz & Co., elektrotechnische Fabrik) D.; nach Düsseldorf (Fa. Gebr. Inden, Fittingswerk; Wönke & Co., Fittingswerk; Stahlwerk Dillingen) St.; nach Freudenstadt (Fa. Gebrüder Schmid) D.; nach Görlitz; nach Herzberg bei Dierdorf (Oster, Eisenwerk Franz & Co.) D.; nach Lüdinghausen bei Lüdinghausen (Firma Höppel & Böhm) D.; nach Lübeck (Firma Bimmermann) St.; nach Meiningen (Fa. Hermann Lampert) St.; nach Neustadt in Westfalen, St.; nach Remscheid (Maschinenfabrik W. & C. Klingenberg Söhne) St.; nach Teplice i. Böhmen (Fa. Hirschbrück) St.; nach Tübingen-Derendingen (Firma Würster & Seiler) D.; nach Wels i. Österreich (Firma Altmann) St.; von Metallstädtern nach Lechhausen, D.; von Schlossern nach Eisleben (Firma Honsel) D.; von Schlossern (Bau- u. Maschinenbau) nach Bern v. St.; nach Hamburg (Fa. Heyde & Duppreit) D.; nach Posen, L.; von Schmieden nach Posen, L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. Lohnregelung; A.: Wohlstand; A.: Lohn- oder Akkordabrechnung u. s. w.) Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Betriebs oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitnahme im Orte, wo keine der obigen Ansätze in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Aufgaben sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzunehmen. Aufungen über Betriebe, wo keine Verwaltungstelle besteht, sollte man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle, die die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Arbeiterkutter.

Hamburg. Seit nunmehr zwölf Wochen befinden sich die Kollegen der Firma H. G. Wulf in Eidelstedt bei Hamburg (Verzinserei und Drahtnebwerk) im Streik. Während die Firma ersten acht Wochen den Betrieb vollständig schloß, wurde die Taktzeit mit Ablauf der neunten Woche insoweit geändert, daß sich nunmehr die Firma kampflos beruhigte, Streikbrecher anzuwerben. Der Drahtziehermeister Wagner wurde von der Firma als Streikbrecheragent benutzt. Er war zirka vier Wochen unterwegs und versuchte im Rheinland und in Westfalen diesen edlen Gewerbe nachzugehen. Bald blieb es dann auch, daß es ihm gelungen sei, Streikbrecher anzuwerben, 70 bis 80 sollten nach Eidelstedt kommen, um der Firma Hausschäferdienste zu leisten. Wagner kam dann wieder nach Eidelstedt und brachte ganz sieben Mann mit, von diesen haben jedoch die Arbeit wieder niedergelegt, so daß die ganze Ausbauteite drei Mann beträgt. Streikbrecher von auswärts heranzuziehen, ist der Firma also gänzlich mißlungen, es mußte ein anderer Weg gesucht werden, den man auch bald fand. Der Herr Prokurist Paulsen bemühte sich in eigener Person nach dem Arbeitsnachweis der Gelben und versuchte, dort die fehlenden 70 bis 80 Mann anzuwerben, es haben denn auch an einem Tag 16 von dieser gelben Ausbauteite drei Mann aufgenommen. Die Zahl liegt bis auf 28, fiel jedoch wieder auf 26, jeden Tag beobachten wir neue Verstärker. Wir müssen nun sagen, daß uns diese Taktzeit der Firma viel besser gefällt, als die zuerst beobachtete, haben wir doch bei der jetzt eingeschlagenen Taktzeit die sicherste Gewähr, daß jetzt der Firma ganz nachdrücklich zu Genüge gefüllt wird, was sie an ihren alten Arbeitern gehabt hat. Um den auswärtigen Kollegen ein kleines Bild zu geben, wie es in Eidelstedt jetzt aussieht, bemerken wir, daß Eidelstedt, ein kleiner Ort in unmittelbarer Nähe Hamburgs, den Gindrad macht, als sei der Belagerungsangriff darüber verhängt, nicht weniger als fünf Gendormen zu Pferde und zu Fuß halten die Ordnung aufrecht". Mergens werden die militärischen Elemente unter Gestorte nach dem Hauptbahnhof Altona gerückt und von dort geht es vor Eisenbahn, die zehn Minuten bis Eidelstedt führt, nach Eidelstedt. Dort angetreten, werden die Streikbrecher von den dort stationierten Gardinen in Empfang genommen und nach der Fabrik geleitet, abends wiederholte sich derartige Vergangenheit. Ein welcher Verfaßung sich die Firmenleitung seien jetzt befindet, geht aus folgendem hervor: Die streikenden Arbeiter halten beschlossen, einem Kollegen, der gleichzeitig eine Wohnung in der Fabrik inne hatte, zu gestatten, solange keiner zu teilen, bis die zuerst genannte Taktzeit von der Firma geändert würde. Als die ersten Streikbrecher ankamen, war der Kollege jedoch nicht mehr zu halten. Unter ihnen standen wollte er mit Streikbrechern zusammenarbeiten, er legte gleichfalls die Arbeit nieder und erhielt am darauffolgenden Tage dieses Schreiben: "Sie Ihr Arbeitserhalt rechtwidrig gefüllt haben und ich dies als eine Possibilität ihrerseits ansiegen muß, so möchte ich Sie für allein mit dadurch entstandenen und entstehenden Schäden verantwortlich und erkläre Sie, die bisher von Ihnen innehaltbare Wohnung innerhalb 21 Stunden, also bis zum 3. Sept. a. c. abends 6 Uhr zu räumen, außerdem in mich gezwungen sehe, die Wohnung durch Polizeigewalt räumen zu lassen. Hochachtend! ges. H. G. Wulf." Der Kollege ließ sich natürlich davon nicht abhalten, er räumte die Wohnung und überließ das Wulstische Dorado dem gelben Gesindel. Das Vorgehen der Firma zeigt jetzt immer deutlicher, woraus es bei diesem Kampf ankommt. Der Tarif, der mittlerweile abgeschlossen ist, soll unter allen Umständen beibehalten werden, hat doch die Firma die Arbeitszeit, die laut Tarif 9 Stunden beträgt, jetzt schon auf 9½ Stunden verlängert. Den Streikbrechern wird der horrende Lohn von 15 M. pro Stunde gezahlt, dieser Lohn soll auf die Dauer von sechs Wochen bezahlt werden, nach diesen sechs Wochen gleicht die Firma fertige Drahtzieher und Drahtarbeiter zu haben, denn dann sollen diese im Akkord arbeiten. Gleichzeitig wird versichert wird, daß Herr Wulf den Machern dieses Streiks die weiterstrebenden Wollmachten gegeben hat, können wir uns nicht versetzen, daß ihm das ganze Treiben bekannt ist. Wir denken dabei auch an die in Eidelstedt abgehaltenen Beschleger. Wir hatten vielleicht auch schon einmal Gelegenheit genommen, um mit Herrn Wulf eine Auskunft abzugeben, sind aber jetzt der Meinung, es ist einmal abzuwarten, welche wunderbaren Erfolge sowohl Herr Wulf als auch Herr Wulf mit ihrer Garde erzielen. Unsere Kollegen stehen nach wie vor geschlossen im Ausland und haben, obgleich die Firma durch Auflage bekanntgegeben hat, von ihren alten Arbeitern keinen wieder einzutauschen, sich bis jetzt in ihrer Haltung nicht erweichen lassen, wir sind guten Rats und werden der Oeffentlichkeit nicht verehren, wenn die erste fertige, von den Gelben hergestellte Arbeit vor Eisenbahn Eidelstedt veröffentlicht. Die ehemaligen Kollegen erfreuen wir, was in diesem Kampf noch wie vor unterstehen. Der uns aufzufordnende Kampf muß durchgeführt werden, auch im Interesse der auswärtigen Kollegen.

Elektromonteur.

Chemnitz. Am Sonnabend dem 31. August fand für die in Chemnitz beschäftigten Elektromonteur und Helfer eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Chemnitz beschäftigten Elektromonteur und Helfer verbessert worden?

Referent beleuchtete die Verhältnisse und zeigte, daß die Entlohnung in dem Hause eine unzureichende ist. Werden doch Durchschnittslöhne von 40 bis 45 M. gezahlt. Nur 35 Mann erhalten einen Stundenlohn von 51 bis 60 M. und nur ganze 5 Mann bekommen mehr als 60 M. Stundenlohn. Bleibt man nun die gestiegenen Ausgaben, die ein Elektromonteur hat, in Betracht, so darf man sich nicht wundern, daß durch eine größere Anzahl der Arbeitsstunden der Wochenverdienst zu steigern versucht wird. Es ist festgestellt worden, daß 12, 14, ja 16 Stunden pro Tag, ja teilweise 90 bis 100 Stunden pro Woche gearbeitet werden sind. Auch die Brüder für Überstunden sind für die meisten Installationsgeschäfte eine offene Frage. Weiter ist die Auslösung sehr verschieden. Wird doch in den Vororten teilweise keine oder 25, 40, 50 und 80 M. für Heimorte 1 M., 1,50, 2, 2,50, 2,75 und 3 M. bezahlt. Daß diese verschiedenenartigen Bezahlungen und schlechten Verhältnisse einer Regelung bedürfen, müßte eigentlich allen Kollegen einleuchten, und diese sollten sich andere Branchen zum Vorbild nehmen und mitwirken, bessere Verhältnisse zu schaffen. Nachdem sich einige Kollegen an der Diskussion beteiligt, wurde folgende Resolution beschlossen: "Die heutige Versammlung ist sich darüber einig, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz mißlich sind und verspricht, alles daran zu setzen, die indifferenten Kollegen aufzurütteln, damit diese sich der Organisation anschließen, die die Interessen der Elektromontoure und Helfer vertreten. Solche Kollegen einfließen, und mitwirken, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Gütenarbeiter.

Altwasser bei Waldburg i. Sch. (Bur. Lohnbewegung) In drei stark besuchten Betriebsversammlungen hat die Arbeiterschaft der Karlsbütte zur Verbesserung ihrer unzureichlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung genommen. In der ersten am 19. August standen Vorschläge zur Beratung, die gemeinsam von den Vertretern der Betriebsleute des Betriebes und den Organisationsleitungen ausgearbeitet waren und eine Reuteigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beziehen sollten. Die Vorschläge enthielten in der Hauptsache folgende Forderungen: Eine Verkürzung der wöchentlichen 55ständigen Arbeitszeit um 3 Stunden; Einstellungslohn für die einzelnen Arbeitertypen von 30, 32, 35, 38 und 40 M.; eine allgemeine Lohn erhöhung von 10 Prozent für alle Arbeiter, die die geforderten Einstellungslohn schon erhalten; eine Erhöhung sämtlicher Akkordpreise um 10 bis 15 Prozent und bestimmte Normen für die Festsetzung der Akkordpreise bei neuen Arbeiten. Weiter wurde verlangt: alljährliche Wahl des Arbeiterausschusses, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma die Forderungen zu unterbreiten und dieselben zu vertreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen berichteten die Mitglieder des Arbeiterausschusses in einer am 30. August abgehaltenen Betriebsversammlung. Die Zustimmung der Direktion, die auch schriftlich vorlagen, bestanden aus gänzlich unbedenklichen Versprechungen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses setzte dann auch gleich eine lebhafte Diskussion ein, in der die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse schärfstens kritisiert wurde. Von den Organisationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß die Versprechungen der Firma nichts enthielten, was die Organisationsvertreter verlangen konnten, deren Annahme zu empfehlen. Die Vorschläge der Direktion wurden daraufhin einstimmig abgelehnt und der Arbeiterausschuß wurde ebenfalls einstimmig beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten und um Auskunft nachzufragen, ob die von der Firma dem Arbeiterausschuss, ausreichende Waschräume, Ankleideräume, Abort und sonstiges, was im Interesse besserer hygienischer Verhältnisse notwendig ist. Nach einer kurzen Begründung und Erläuterung dieser Vorschläge durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den Bezirksleiter der Kirch-Dunkerschen Organisation wurden dieselben von den nachfolgenden Diskussionsstunden aufgegriffen und daraufhin von der Versammlung einstimmig angenommen. Durch die ein

sehr viel Geld kostete. Für 20 bis 25 Arbeiterrinnen ist nur ein Abhort da, so daß eine auf die andere warten muß. Für die übrigen circa 200 Arbeiter sind 13 Aborten vorhanden. Seit Jahren wurden diese nicht geziert. Schne und Nejen fällt auf die, die sie benötigen. Die Gruben sind häufig so voll, daß sie überlaufen, im Sommer einen beständigen Gestank verbreitend. Die Fauche des Pfeifens tritt, wie auch die Fauche der Aborten, in einem nahen Teich. Aus diesem entnehmen die Arbeiter das Wasser zum Reinigen von Hände und Gesicht. Wohl ist ein Waschraum vorhanden, auch Bedien sind in diesen, doch sind die Wasserhähne abgeschraubt und der Raum ist mit Kisten und sonstigen Sachen sowohl gefüllt, daß er einfach unbewohnbar ist. Wer trotz solcher Zustände noch über etwas Gesundheit verfügt, kann diese mit leichter Mühe durch die übrigen Zustände innerhalb des Betriebes einbüßen. Kisten und Material liegen in den Gängen zwischen den Maschinen umher, so daß jeder Gefahr staut, zu stürzen. Wie man für verunglückte Arbeiter sorgt, mögen folgende Fälle beleuchten. Ein junger Arbeiter wurde im Betriebe ohnmächtig. Man schaffte ihn in den Eisenbüchsen und legte ihn dort trotz der winterlichen Temperatur auf den Eisenbüchsen nieder. Als dieses bei den Arbeitern Aufsehen erregte, wurde ihm ein Kissendeckel unter den Kopf geschnitten und er mit Lappen abgedeckt, die vorher um Profilisen gewickelt waren. Der blutgefüllte Arzt hatte allem Anschein nach hieran nichts auszusehen. Ein Arbeiter brach im Betriebe ein Bein. Auf einer halben Stunde wurde er nach seiner Wohnung transportiert. Arbeiter, die aus östlichen erkannten, werden entlassen, da sie sonst der Betriebskasse zu viel Geld kosten. Wer fünf Minuten zu spät kommt, wird mit 50 Pf. bestraft. Fast jede Woche werden einige Akkorde reduziert. Welch ein Wunder, daß man bei solchen Zuständen 21 Prozent Dividende bezahlen kann und welch ein erhebendes Gefühl muß es für die Herren Aktionäre sein, die Progenie überlind für die mühselige Arbeit des Schwangscheins zu fördern! Wie lange werden aber solche Zustände noch möglich sein? Muß es nicht jedem Arbeiter dieses Betriebes die Schamrute in das Gesicht treiben, bei solchen Zuständen zu arbeiten? Wann werden sie sich aufraffen und Mann für Mann der Organisation sich anschließen? Nur dann wird es möglich sein menschenwürdige Zustände auch in diesem Betriebe zu schaffen.

Schmiede.

Vortmund-Aplerbeck. Die Kollegen in Deutschland, besonders die reisenden Kesselschmiede, müssen wir auf das Dorado von Schwart & Co. in Aßeln-Aplerbeck hinweisen. Die Firma hat aller Wahrscheinlichkeit nach viel Arbeit und darum müssen die Arbeiter im Kesselbau schon seit längerer Zeit jeden Tag Überstunden machen. Wer es magt, die Überstunden nicht zu machen, wird bestraft. Man sollte annehmen, daß die Firma den Arbeitern, wenn sie es als Bedingung stellt, daß Überstunden gemacht werden müssen, auch für die Überstunden einen Zusatzlohn zahlen würde, doch weit gefehlt, dieses sind höhnische Dörfer für die Firma. Es fangen bald jeden Tag frische Arbeiter an und hören gleich oder nach einigen Tagen wieder auf. Sie verlassen dieses Dorado, wo es in gefährlicher Weise für die Arbeiter krankt auszieht. Wenn es regnet, so müssen die Schmiede im Wasser stehen und arbeiten. Trinkwasser hat man früher gekannt, weil dieser aber zu viel Geld kostet, hat man die Leitung wieder abreißen lassen. Von begründet es damit, daß zu viel Wasser verpanzt wird, denn der Herr Römer (Betriebsleiter) hat gemeint, dadurch würde die Schmiede voll den Wasser. Es existiert nämlich kein Abschlußkanal, und so ist es zu verstehen, daß immer etwas Wasser auf die Erde sios. Das jegliche sogenannte Trinkwasser ist warm und unklar und zum Trinken schädlich. Hier müßte die Behörde Ramedur haben, die Firma macht es nicht aus eigenem Antrieb. Auch die Beleuchtung soll nicht gut zu benennen sein, besonders zum Geschäftswesen, je soll auf einem Schwungetrag gleichen. Werkzeuge sind genügend vorhanden, nur das, was man gebraucht, ist nicht zu finden. Das Magazin ist nur am Tage einige Stunden geöffnet und der Arbeiter muß nach Mitternacht der Vorgesetzten sich mit seiner Arbeit so einrichten, daß er Material nur zu der Zeit braucht, wo das Magazin geöffnet ist. Die Firma hat auch zum Nutzen der Freiberufler Brauseläder eingereicht, nur ist das Unsalid dabei, daß diese Säulen gebraucht werden zum Aufbewahren für allerlei Regenschirme und deshalb die Säulen nicht benutzt werden können. Nur ein Gutes hat die Firma für die Arbeiter eingerichtet: sie betreibt einen Handel mit kleinen Erbsen, Linsen u. s. w. und dafür ist das Magazin den ganzen Tag geöffnet. Auch liegen die Arbeitssätze über das Fahrten des Kunden zum Transportieren der Materialien. Der Führer soll natürlich durchsetzen, daß in jedem Kettenschmiede entstanden sind. Die Bedienstete des Kesselschmiede, besonders für jüngere und neuangestandene, sind sehr minimal. Die meiste der Arbeiter betrachten dieses Dorado als Überfangstation. Wer kege ist aber weiß, wer hat denn die Schuld? Die richtige Antwort ist: Du Arbeiter, der du dich um nichts kümmern, dich nach beizubringen lassen mußt von deinen Vorgesetzten, du hast die Schuld! Seien dort mindestens vierzehn Jährlinge geworfen werden, so treter ein in den Deutschen Metallarbeiter-Berufsbund, holt darum mit für eine Familie und euch selbst, die Firma tut es freiwillig nicht. Den zweitjedenden Kollegen mögen diese Zeilen ein Fingerzeig über die Verhältnisse der Firma Schwart & Co. sein.

Hierloben-Eggle. Zu einem erfreulichen Erfolg hat die Sozialbewegung der hierigen Kettenschmiede geführt. Ihre Gedenkungswoche gegen die anderen Betriebskollegen eine durchaus schlechte. Bei dem verlorenen Schuhkampf der Kettenschmiede in Hirschau, Leimathen und Dortmund wurde von den Unternehmern bei den Verhandlungen mit einer gewissen Berechtigung darauf hingewiesen, daß es in Eggle und Friedenberg weit niedrigere Preise bezahlt würden und ihnen dadurch eine Konkurrenz ermögliche. Nun ist es nicht unsere Aufgabe, die Interessen der Unternehmer wahrzunehmen, sondern die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern zu helfen. Nachdem die Kettenschmiede in Eggle sich fast ausschließlich dem Deutschen Metallarbeiter-Berufsbund angegeschlossen hatten und den Schriftsteller, der einen von ihnen verantworteten Schriftsteller nach Eggle von den Kollegen eine deutliche Umlistung für ihre Betriebskollegen erstellt worden war, beschloß man sich in mehreren Besprechungen mit der Frage: Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche und berufliche Lage? Kollege Hoffmann ist jetzt vereinzelt über die Durchführung eines Berufsbundes. Eine aus den Reihen der Kettenschmiede gewählte Vertretungskommission wurde mit der Ansicht einer Vorlage betraut, die auch von den Kettenschmieden geprägt wurde. Eine dreizehntägige Kommission aus jedem Betrieb unterbreite den Unternehmern den Vorschlag, der nach einigen Verhandlungen von den Unternehmern angenommen wurde. Die Kettenschmiede von Eggle haben durch ihr geschlossenes und einheitliches Vorgehen eine 10-prozentige Lohnzehrung erhalten. Ihre Aufgabe wird nun sein, das Ergebnis festzuhalten und weiter auszubauen. Nur durch den Aufschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Berufsbund war es den Kettenschmieden möglich, ihre wirtschaftliche und berufliche Lage zu verbessern.

Rundschau.

Berliner Zeitung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat sich zu den Feierlichkeiten mit folgender Erklärung gewandt:

Berlin, 5. September 1912.

In den Räumen des Deutschen Reichs,

Berlin a. Bethmann Hollweg, Ersteller!

Die unterzeichneten Reichstagabgeordneten verfügen nicht, Eure Exzellenz zu ersuchen,

dass unverzüglich Maßregeln ergriffen werden, um die herrschende Peinerung zu mildern.

Der Reichstag hat — das wird allgemein anerkannt — einen Stand erreicht, wie man sonst. Da den Freien der Arbeit und des Mittelstandes bis tief in die Reihen der Beamten heranzog eine Erlegung, eine Entstötung, an der die geprägten Ziffern

nicht achsellos vorübergehen können. Da die exorbitante Teuerung seit einer Reihe von Jahren nicht nur innerer roderkehr, sondern sich auch verschärft, so kann man von ihr jetzt nicht mehr als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen. Immer dringender wird deshalb die Forderung nach Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, unter deren Wirkung die weitesten Schichten des Volkes leben und an ihrer Gesundheit geschwächt werden. — Zu diesem Zwecke erkennt erforderlich die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Bier und Fleisch, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einführung von Seuchen, die Aufhebung der Futtermittelzölle, die Beseitigung der Einfuhrzölle, und vor allem

die sofortige Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, da dadurch am wirksamsten in kürzester Frist eine Milderung der Not erreicht werden kann.

Zur Herbeiführung der gebotenen gesetzlichen Maßnahmen ersuchen wir Ew. Exzellenz

die schleunigste Einberufung des Reichstags zu veranlassen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage der 110 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags:

Bebel, David, Ebert, Fischer, Haef, Rade, Molkenbuhr.

*

Zahllos und höchst schändenartig sind die Leidtragungen über die gegenwärtige Teuerung, sie sind aber — soweit ihre Urheber nicht direkte Gejagten genossen der agrarischen Ausbeuter der Volksnot sind — alle einig in den Verlangen nach unverzüglichem Eingreifen gegen die Gewalt, die in den Menschen zur Kinderung. Als besonders interessant greifen wir nur eine heraus, die in Nr. 1010 der königlichen Zeitung, also einem sozialdemokratischen Blatte, erschienen ist. Sie lautet folgendermaßen:

„Die Barzahl des gestorbenen Sohnes. Aus London schreibt uns ein Leser im Anhänger an unsern Artikel in Nr. 992. Dürfen die Gejagten gejagt werden?“ einen interessanten Brief. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptung, daß getötete Fleisch sei unbeschädigt, und beweist, man habe insofern große Fortschritte gemacht, als das Fleisch nicht mehr in sich eingefroren verhandt, sondern in Eissäcken verpackt werde, also direkt mit Eis nicht mehr in Beziehung komme. Dadurch werde erreicht, daß das Fleisch von Argentinien, Australien und Neuseeland auch vom verhöhnten Kaiserreich aus gesehen als geradezu gleichwertig erachtet werde mit frisch im Lande gebliebenem. Zum Beweise sendet uns der Leser einen Londoner Zeitungsbericht über ein Gemahns mit gestorinem Fleisch, an dem er selbst teilgenommen habe. Da heißt es:

Unter dem Vorstoß des Dr. F. S. Toogood, dem Chefarzt des Leichnam-Kronenhauses, stand jüngst in London ein interessantes Festen statt, das sogenannte „Krone-Kreuz-Essen“, das gewissermaßen als Illustration zu den im kommenden Oktober im Hörsaal der Gesellschaft der Medizinbeamten abzuholenden Vorträgen über „Verzünftiges Kochen in gesunden und frischen Tagen“ dienen soll. Eine sehr billige und doch leckere Fleischsuppe, die aus Fischteilen hergestellt war, die gewöhnlich von den Fischhändlern weggeworfen werden, eröffnete den Reigen; ihr folgte eine Fleischsuppe; dann gekochter Schafsfisch zu 3 Pence das Pfund, mit Kartoffeln als Zubut, gekochte Kartoffeln, mit Käse, Tomaten und Gewürzen garniert, waren für besondere Liebhaber. Der nächste Gang war ein saftiges Stück austauschbares Hammelfleisch zu 4½ Pence das Pfund, mit Blumenkohl und Bratkartoffeln als Beilage. Ein dampfendes Stück gekochtes Schweinefleisch zu 3½ Pence das Pfund war ein weiteres Beispiel für eine Kochkunst, die für eine Familie mit beschränkten Mitteln in Betracht kommt, während Kostenloser, der sogenannte Arbeiterspeckfisch, zu 3 Pence das Pfund berechnet war, einschließlich die Gas Kosten, wie der Doktor noch besonders mit erwähnte. Süße Speise und Früchte folgten. Dr. Toogood betonte, daß geeignete Rahmung, reichlicher Aufbereitung, mehr als der halbe Preis im Kampf gegen die Schwindsucht bedeutet, und gab seinen Gästen Beweise, wie überaus weit der Schilling eines armen Mannes reichen kann.“

Schmauches gesuchtes Ochsenfleisch ist also in England für 30 Pf. das Pfund zu bekommen, während bei uns Ochsenfleisch in besserer Geschäftswelt 1,02 M. und in dritter Qualität 87 Pf. im Durchschnitt des Monats Juli kostet. Seitlich ausführliches Schmauchs kostet 25 Pf. während die Preise bei uns 1,03 M. und 90 Pf. betragen. Das ist ein ganz bedeutender Unterschied. England mit etwa 45 Millionen Einwohnern führt etwa für eine Milliarde Mark schillend meat“ ein, und daraus läßt sich der natürliche Schluß ziehen, daß die Versorgung entsprechend besser und vor allem billiger ist als in Deutschland.“

Es kommt aber noch schöner. Die österreichische Zeitung veröffentlicht in ihrer Nr. 1018 vom 12. September eine Zuschrift von jemand, der 1903 und 1906 einige Schriftdarstellungen gegen die hierigen Kettenschmiede einer durchaus schlechten. Unter anderem wurde damals auch in Ödenburg ein Vortrag eingereicht und während des ganzen Sommers 1905 ist in allen größeren Hotels, vornehmlich in denen an der Donau (die eleganteren Brauereien), wo die reichsten Leute weitefernen, es eingekauft an der Front des Auftriebs zuvertraut, „argentinisches Ochsen- und Hammelfleisch“ serviert worden und die internationale Kostfamilie Europas hat es gegeben, ohne dagegen Einwände zu erheben.“ Der Eisenbahn liegt dann weiter: „Technikum ist das Fleisch ausgesetzt. Es will gar nicht geben, daß kein geschicktes deutsches Fleisch schwächeres Fleisch liefert, doch glaube ich, daß es nicht zwei gefasst ist, wenn ich annehme, daß drei Viertel der deutschen Bevölkerung keine schlechteres Fleisch ist als des argentinischen gesuchten Ochsen.“

Eisenbahn soll der britisch-deutsche Kontaktlinie an endlich in Trost gesetzt werden. Es heißt es wenigstens. Wie die Zeitungen berichten, soll am 11. September im Reichstag des Sammels eine wahnsinnige Konferenz stattfinden haben, wo man sich mit der Frage einer Bildung der Fleisch- und Fleischwaren-Kammer beschäftigt hat. Schonlich ist bis zu der Zeit, wo diese Zeile in die Hände ihres Lesers kommt, die Sache schon etwas weiter gegeben. Es wird ohnehin schon lange genug beworben, daß der neue Fleischkonsument etwas von einer etoigen Bevorzugung merkt.

Die Abreise der Volksfürsorge.

Die Unternehmer werden gebeten, denken Kenntnis zu nehmen, daß Unternehmen ca. die gewerkschaftlich-gesetzlich-politische Versicherung „Volksfürsorge“ für erste an die Betriebsärzte und des Centralverbandes der österreichischen Konsumvereine in Hamburg 1, Beethovenstrasse 52, zu richten und am 1. Oktober beginnt die „Volksfürsorge“ ein eigenes Bureau. Ihre Arbeit besteht darin: Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ in Hamburg 5, beim Stroh-Haus Nr. 2, I. Stock.

Arbeiterversicherung.

Eine sehr kluge Erfindung bei Berlin eines Tages. Der Sozialist L. in Brandenburg lag ein Einbürger in das technische Institut. Da Rettungspflichten und Stahlwerkgemeinschaft, Section VI, Brandenburg, verfügte dem Sozialisten L. eine Rente von 50 Pfennigen, weil das rechte Auge völlig zerstört und noch ärztlich künstlich ist. Der Vertrag verlangte begegen 3½ Prozent Rente, da es sich bei ihm darum nicht um den Betrieb des Auges handte, sondern die betroffene Gesichtspunktlid

leit ihn mehr behinderte, als wenn er zum Beispiel ein gut sitzendes Glasauge trübe. In dem Buche der Berufsgenossenschaft „Die Gewöhnung an die Unfallfolgen“ befindet sich auf Seite 354 unter Nr. 322 ein Beispiel, wo ein Schmied ebenfalls wegen Erdbeben des rechten Auges 3½ Prozent erhielt. Das Reichsversicherungsamt reduzierte hier die Rente erst nach sechs Jahren auf 25 Prozent, weil es annahm, daß seit Festsitzung der Rente von 3½ Prozent das verletzte Auge völlig reitlos geworden war. Wenn aber die Berufsgenossenschaft im vorliegenden Falle selbst zugibt, daß das verletzte Auge noch druckempfindlich, also noch nicht völlig reitlos ist, dann müßte ihm nach obigem Beispiel im Buch nicht 25 Prozent, sondern 3½ Prozent bewilligt werden.

Der Vertreter der Berufsgenossenschaft machte vor dem Schiedsgericht folgende Aussprüche: „Die Berufsgenossenschaft habe das Buch „Gewöhnung an Unfallfolgen“ bei Belebung der Entschädigung überhaupt nicht herangezogen; es sei ihr wohl bekannt, daß das Reichsversicherungsamt für den Verlust eines Auges bei sonst normalen Verhältnissen erst nach Eintritt der Gewöhnung, das heißt also nach Ablauf einer gewissen Zeit, eine Entschädigung von 25 Prozent für angemessen halte, nach Ansicht seiner Berufsgenossenschaft entstehende aber das Reichsversicherungsamt den Verlust eines Auges zu hoch; sie habe deshalb trotz der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes dem Kläger eine Rente von 3½ Prozent zugesprochen.“

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts Braunschweig erläuterte, daß die Berufsgenossenschaft auch hier wieder ohne Rücksicht auf den konkreten Fall und die Fische der Verlezung die Entschädigung so bemessen habe, wie das Reichsversicherungsamt bei plattem Verlust eines Auges nach Eintritt der Gewöhnung. Das Schiedsgericht sprach am 27. April 1912 dem Kläger eine Rente von 3½ Prozent mit folgender Begründung zu:

„Die rein mathematische Betrachtungsweise auf Grund von Zahlen darf hier für die Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit nicht maßgebend sein. Einräumung sind von gewissen Industriezweigen ganz ausgeschlossen und erscheinen häufig in ihrer Arbeitsdauer und Arbeitsfähigkeit; ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist stark beeinträchtigt; auf alle mit besonderer Gefahr für das verbleibene Auge verbundenen Arbeiten müssen sie verhindernweise verzichten. Dazu kommen die unmittelbaren Folgen: Der Verlust der zentralen Sinnesfähigkeit, der Mangel des zweitüchtigen Sehens, die Beeinträchtigung des Gehirnselbstes, die Schonungsbedürftigkeit des unverletzten Auges und die dadurch bedingte Vorsicht und Langsamkeit bei der Arbeit und endlich die leichtere Ermüdung des einen Auges bei andauerndem angespannten Sehen.“ (V. N. 97, Seite 253 ff.)

Trotzdem der Berufsgenossenschaft die Stellungnahme des höchsten Gerichts bekannt ist, löst sie es auf eine Klage an. Nach der Aussage des Berufsgenossenschaftsvertreters kann man ruhig behaupten, daß diese Klage von ihr mutwillig veranlaßt wurde. Es wäre angebracht, wenn die Genossenschaft an den § 20 der Schiedsgerichtsordnung erinnert wird, wo es unter anderem heißt: „Das Schiedsgericht kann den Beteiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Fehlführung berechnetes Verhalten veranlaßt worden sind.“

Vorbereitung einer Betriebsarbeit. Bei einem Obermonteur, der vom Daage aus einem Brand beobachtet wollte, um sich über die Vornahme einer Betriebsarbeit schlüssig zu machen, daß bei der Verunglückte, ist kein Betriebsunfall angekommen und er überredet. Ein Obermonteur war von seiner Firma nach Brüssel geschickt worden, um dort in der Ausstellung ihrer Zweigstädterlass auf der Weltausstellung behilflich zu sein. Nach Schluss der Ausstellung am Abend des 14. August 1900 ging er in den Gastrau, in dem er wohnte, um dort Brot und unternahm dann mit zwei Montoure noch einen Spaziergang durch die Stadt. Dabei erfuhr er, daß in der Weltausstellung ein Brand ausgebrochen sei. Auf das Zureden seiner Begleiter unterließ er, nach der Ausstellung zurückzugehen. Als er noch Rückkehr in das Hotel sich bereits in sein Zimmer zur Nachtruhe begeben hatte, wurde er durch den Ruf eines Hotelangestellten, der Brand habe eine ungemeine Ausdehnung angenommen, es sei „alles ein Feuermeer“, veranlaßt, auf das Dach des Hotels zu steigen, um den Brand zu beobachten und wurde getötet. Das Reichsversicherungsamt hielt für erwiesen, daß er sich auf die Plattform begeben hatte, um zu erwidern, daß er sich nicht doch noch zur Ausstellung begeben sollte. Es verneinte jedoch das Vorliegen eines Betriebsunfalls und wies die Rentenansprüche der Hinterbliebenen ab. In der Begründung der Entscheidung vom 23. April dieses Jahres heißt es:

„Die Ausfälle der Arbeitgeber lassen erkennen, daß der Obermonteur Th. allerdings auch solche Tätigkeiten zu verrichten hatte, die einem Betriebsleiter, also einem Betriebsbeamten aufzutragen, daß er aber überwiegend doch mit eigentlichen Montearbeiten beschäftigt war. Er war hier nach nicht als Betriebsbeamter, sondern als Arbeiter“ unfallversicherungspflichtig. . . . Der Entschädigungsanspruch des Hinterbliebenen ist nicht begründet, da der Unfall sich bei einer Betriebsaktivität ereignet hat. Der Verstorben hat des Namens des Hotels nicht bestreiten, um für den Betrieb tödlich zu sein, sondern um auf Grund der Mahnungen, die er auf dem Hoteldorf zu machen hatte, zu erwägen, ob er für den Betrieb tödlich werden sollte. Das Reichsversicherungsamt hat allerdings in mehreren Entscheidungen hinsichtlich der Frage, ob ein Unfall beim Betrieb angesehen sei, auch solche Verordnungen dem Betrieb zugewiesen, welche sich noch auf die Vorbereitung eines Unternehmens beziehen. Im vorliegenden Falle hat sich der Unfall aber nicht einmal bei einer Vorbereitungshandlung ereignet, sondern bei einer Tätigkeit, die erst zu einer Entstehung darüber führen sollte. Die Beziehung der unfallbringenden Tätigkeit zum Betrieb ist also eine so enge, daß sie dem Betrieb nicht zugerechnet werden kann. Hat Th. sonst den Unfall nicht bei einer dem Betrieb zuzuwendenden Handlung erlitten, so steht seinen Hinterbliebenen kein Entschädigungsanspruch gegen die Berufsgenossenschaft aus Unfall dieses Unfalls zu.“ (A. 6420/11.)

Angenommen für Baustempner und andere. In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 22. Mai heißt es:

„Der Kläger war zur Zeit des Unfalls Baustempner und als solcher gezwungen, auf Dächern, Gerüsten und an sonst gefährlichen Zielen zu arbeiten, eine Tätigkeit, die schon im Hinblick auf die Gefahr des Absturzes ein besonders aufmerksam und ungehindertes Sehen erfordert; er kann auch seit seinem Unfall die Tätigkeit nicht mehr ausüben. Danach erschien es angemessen, ihn für den Verlust des Sehvermögens auf dem linken Auge mit einer Rente von 3½ Prozent zu entschädigen.“ (

gleiche Verübung, denn es werden neuerdings die Kesselfabriken häufig ohne Gebrauch des Hammeres ausgeführt, vornehmlich bei großen Kesseln, deren Kesseldiele stark und deren Niederdurchmesser groß ist. Das Biegen der Bleche und das Richten geschieht vielfach auf festem Wege durch hydraulische Presse, das Versteinen der Nähte durch Preßluftammer. Es fehlen also bei den Kesselschmieden in der Regel die bezeichneten Sondergesetze. Es bleibt nur eine verhältnismäßig geringe Spitzergesetz übrig, und die Arbeit erfordert kein besonders genaues Sehen. Dem entspricht es, daß der Kläger nach der Auskunft seines Arbeitgebers seinen Arbeiten als Kesselschmied in jeder Richtung gewachsen ist. Seinem Berufe kommt also eine besondere Verübungsgesetz bei der Bezeichnung der Feste nicht zu. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist der Kläger aber nur um 25 Prozent durch den Unfall geschädigt." (Fa 4293/1.) W.

Noch mehr Streikbrecherschutz nötig?

In der Berliner Metallwarenfabrik von H. A. Fürt & Co., A.-G. in Adlershof, wird gestreikt, weil die Firma anständigen eingearbeiteten Arbeitern eine Lohnzulage von 2,- die Stunde verweigerte. Lieber zahlt sie den von dem berüchtigten Streikbrecheragenten Max Maret herbeigeschafften Streikbrechern 1,-. Diese Brüder sind nun der Schrecken des Ortes geworden. Besonders am Dienstag dem 3. September hielten sie in einer Weise gewohnt, daß es dem Unternehmer selbst bald lange werden dürfte ob dieser "Stühlen". Die Opfer dieser Roheitssalze waren aber nicht viele "Streikbrüder", wie man vielleicht vermuten könnte, sondern zwei am Streik völlig unbeteiligte Personen. An dem genannten Abend standen der Schuhmacher Otto Gundermann aus Adlershof und der Wächter eines gegenüber der Fabrik von Fürst liegenden Neubaus vor der Baustelle und plauderten, als mit einemmal erst drei und nachher etwa zehn (nach einer andern Meldung sollen es sogar noch weit mehr gewesen sein) dieser Hüngebrüder über den Schuhmacher herfielen und ihn mit Schlagringen und Fußtritten auf bestialische Weise zurückstießen. Der lange spät Vormittag eines Schlagringes drang dem Nebenfallenen von oben herab durch die Stützinsel in die Augen, das noch Ansicht des behandelnden Arztes höchstwahrscheinlich führt immer erst dort sein dürfte. Dann drang die Bande auf das Baugrundstück, wohin der Wächter sich zurückgezogen hatte und ihm handelte den Mann auf das schlimmste. Außerdem schossen die Arbeitswilligen mit Revolvern auf sämtliche Personen, denen sie an sich kamen, so daß diese flüchten mußten, wollten sie nicht ihr Leben oder ihre gefundenen Glieder einbüßen. Am Tage nachher waren die Streikbrecher ebenfalls auf unbestellte Personen mit vollen Bleistächen.

In Adlershof herrscht infolge dieser Zustände grohe Angstregung, und die Einwohnerschaft mischt nichts schärfer, als von der Schreckensherrschaft dieser Hüngebrüder so schnell wie möglich befreit zu werden. Der Streikbrechergeneral Karmarec fühlt sich ganz befreit. Das geht schon daraus her vor, daß er am Sonntag einem Streikposten, der vor seiner Wohnung, Ortsstraße 7, stand, ins Gesicht schlug, so daß der Geschlagene zu Boden stürzte. Auch drohte er dem Posten, wenn dieser nicht fortginge, würde er ihn in die Panke werfen. In Adlershof drohte Herr Karmarec zum Auto heraus mit dem Revolver.

Viel nützen blöde angehoben Vorgänge die Hölle der Streikbrecher nicht, zumal die Oeffentlichkeit immer mehr von dem Wesen und Charakter dieser zweifelhaften Gentlemen unterrichtet wird. Mit solchen Elementen wird das Unternehmertum die berechtigten Forderungen der ehrlichen und anständigen Arbeiterschaft auf die Dauer nicht abschlagen können. Einzelheiten jähren die großen Schärmschläger aber immer weiter und die kleinen plätschern ihnen nach.

Zentrumsschriftliche Gelbe in der Zwangs- oder Auffenjacke.
Wenn die freien Gewerkschaften aus taktischen Gründen den Arbeitern einmal empfehlen, die Unternehmer durch die Gewerkschaftshörigkeit im Ungehorsam zu lassen und dadurch Verbindung zu stiften, dann geraten die Zentrumsschriften oft genug in ihre bekannte "Entrüstung" ob solcher "Ungehorsamkeit" und sie fälseln von "Erziehung zur Lüge". Noch auf der Generalversammlung des "christlichen" Metallarbeiterverbandes in Dortmund möchte ein Delegierter aus Stuttgart dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Vorwurf, daß dieser "die öffentliche Lüge als gewerkschaftliches Kampfmittel proklamiert habe".

Nun berichtet aber der Deutsche Metallarbeiter, daß Duisburger Christenblätter, daß christliche Metallarbeiter trotz ihrer Mitgliedschaft bei den Zentrumsschriften nicht nur zugleich dene in den Werksverein angehören, sondern auch — eine entsprechende Uniform tragen! Unter der Überschrift: "Und das Silberlinge oder Menschenrechte?" berichtete der Duisburger Deutsche Metallarbeiter in Nr. 36 vom 7. Sept. über einen "Rotschrei", der ihm "von einem Zwangsmittel des gelben Werkvereins der Burbacher Hütte" mit der Bitte um Veröffentlichung zugestellt war. Da heißt es, daß die bekannte "Hüttenuniform" im Volksmund auch Zwangs- oder Auffenjacke genannt werde. Das eine Anzahl Arbeiter, die noch Ehrgefühl im Leibe hätten, sich gesträubt hätten, die Uniform zu tragen, sei zu verstehen. Jetzt, nachdem es der Burbacher Hütte gelungen sei, mit Hilfe von Drohungen, Zwang und den jähzähnen Füßen der Arbeit, die gewerkschaftliche Bewegung zu schwächen, habe der gelbe Verein einen Anschlag gemacht, in dem es heißt:

Der Ausschuß und der Vorstand des Hüttenvereins haben beschlossen, daß jedes Mitglied, welches 22 Jahre alt ist, eine Uniform haben muß. Bis zum Hüttenfest muß jeder im Besitz der Uniform sein."

Das ist ja, nebenbei erwähnt, auch ein nettes Säckchen zum Kapitel vom Unternehmerterrorismus. Der christliche Einsender schreibt zu dem Anschlag:

"Der Vorstand und der Ausschuß des Burbacher gelben Werkver eins sieht sich zum großen Teil aus Werksbeamten und aus sogenannten 'Jugendfeinden' zusammen. Diese Leute lassen nun ganz einsch den Beschluß, daß sich alle in den gelben Verein geprüften Arbeiter eine Uniform im Werte von 28,- M. zulegen müßten. Also von Mitbestimmungsrecht ist bei den Gelben keine Spur zu finden. Könnten doch die Generaldirektion und die Herren Altonaer am Tage des Hüttenfestes in unsere Herzen schauen, dann würden sie sehen, daß wir nur gezeichneten und uns schämend mit der Uniform am Festzuge teilnehmen."

Aber nehmen die Mitglieder der "christlichen" Gewerkschaften als gleichzeitige Mitglieder des gelben Werkvereins auch in der Zwangs- und Auffenjacke an dem Fest des gelben Werksvereins teil. Der Einsender meint zwar, daß sich eine Anzahl von Zwangsjägern, die sich schwämmen, eine Zwangsjacke anzulegen, unwillig äußerten und den Beschluß „als starke Taktik“ empfanden, er sagt aber selbst: "Das nutzt hier das Schelten und Schimpfen." Der christliche Rotschrei zeigt, was besonders die Zentrumsschriften für Unsache haben, von Heuchelei u. s. w. zu fälseln. Mitglieder der "christlichen" Gewerkschaften gehörten nicht nur zugleich den gelben Werksvereinen an, sondern sie nehmen auch an dem Fest der Gelben in der Zwangs- oder Auffenjacke teil, ohne mehr als eine Fauxt in der Tasche zu machen.

Vom Ausland.

Österreich.

Seit es in Österreich eine Unternehmerorganisation gibt, ist es bei eifriges Bestreben, die Koalitionsarbeit der Arbeiter zu weit wie möglich einzuschränken. Nur zu oft sinden die Schärmschläger denn auch Gebot bei den Behörden, die dienstwillig gegen die Arbeiterorganisationen vorgehen. Erst in den letzten Tagen hat es sich wieder ereignet, daß ein überkritischer Beamter das Gesetz in ganz unmerklicher Weise anlegte, um den Unternehmern zu nützen und den Arbeitern zu schaden. Der Vorfall hat sich anläßlich des Streiks

in den Weichselengiehreien im Göllsen- und Traisen-tal (Niederösterreich) abgespielt. Der Streik ist bisher völlig ruhig verlaufen und die Behörde hatte nicht ein einzige Gelegenheit gehabt, gegen die Streikenden einzudringen. Trotzdem gar nichts vergeben ist, was der Behörde etwa als Vorwand hätte dienen können, hat die Bezirkshauptmannschaft St. Pölten am 26. August im Streikgebiet eine Kundmachung erlassen, die den Arbeitern das Streikposten stehen verbieten will. Es heißt da in diesem merkwürdigen Schriftstück, daß die Bezirkshauptmannschaft "mit Rücksicht auf die voreiligem Unzulässigkeiten" (von deinen niemand im Streikgebiet etwas weiß) sich veranlaßt sehe, die Anordnung zu treffen, daß es von nun an bis auf ausdrücklichen Widerruf im Umgang der Gemeinden Wilhelmsburg und Göllsbrück jedermann untersagt ist, sich als Streikposten zu betätigen". Die Übertretung dieser Verfügung soll mit einer Geldstrafe von 2 bis 200 Kronen oder mit einer Arreststrafe von sechs Stunden bis zu vierzehn Tagen geahndet werden.

Die Verfügung der Bezirkshauptmannschaft beruft sich auf eine kaiserliche Verordnung vom Jahre 1854, die unter dem Namen "Prilegepatent" bekannt ist und durch das Koalitionsgebot vom Jahre 1900, sowie die gelobte richterliche Praxis seit Jahrzehnten als außer Kraft gesetzt erscheint. Trotzdem wagt es eine Behörde, diese veraltete Verordnung auszugraben, um sie gegen die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter zu richten. Die Arbeiter und das Streikposten stehen nicht ausgeben. Solche behördliche Willkürkraft erreichen nicht mehr, als daß sie die Erhöhung der Arbeiterschaft steigern, ohne den Unternehmern die Hilfe zu bringen, die die schnellen Beamten herzuführen glaubten.

Auch in einem andern Falle mußte kirchlich gegen obige klerikale Maßnahmen, die sich gegen die organisierte Arbeiterschaft richteten, aufgetreten werden. Diesmal handelte es sich um die Praktiken des Staates als Unternehmer. Die staatlichen Telefon- und Telegraphenarbeiter sind mit der L. I. Post- und Telegraphendirektion in Konflikt geraten, weil diese sich weigert, die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Nun greift der Staat zu einem schändlichen Mittel, um die widerspenstigen Mechaniker, Elektromontiere, Schlosser, Spengler u. s. w. gefügt zu machen. Das Handelsministerium zieht — wie jetzt bekannt wird — am 7. Mai 1912 einen Erlass an die Post- und Telegraphendirektion, worin diese aufgefordert wird, für mindere Mechaniker- und Schlosserarbeiter nicht mehr qualifizierte Kräfte zu beschäftigen, sondern Hilfsarbeiter aufzunehmen, sie dann Mechaniker als Hilfskräfte zur entsprechenden Ausbildung zuweisen, um sie dann — was im Erlass freilich wohlweislich verschwiegen wird — gegen die Bestrebungen der Mechaniker, als auch der anderen Telefon- und Telegraphenarbeiter auszutreten. Dabei verspricht der vornehme "Arbeitgeber" Staat diesen Hilfsarbeiter den horrenden Taglohn von sage und schreibe — drei Kronen!

Als dieser Erlass jetzt bekannt wurde, antwortete der O. S. r. e. r. e. i. l. i. c. h. e. Metallarbeiter, daß er es nicht für wahrscheinlich halte, daß Metallarbeiter den staatlichen Werbern auf den Leim gehen werden, und flügte dann hinzu:

"Sollte es aber trotzdem Metallarbeiter geben, die sich, von diesen Versprechungen trenngeschafft und von der Aussicht auf einen schweren Staatsdienst verleitet, um diese Stellen bewerben wollen, so wollen wir diese Kollegen auf folgende Umstände aufmerksam machen: Infolge der Kirchlichkeit der Telephon- und Telegraphenarbeiter und Staatsmechaniker ist die Annahme von Arbeit bei den Post- und Telegraphenämtern sowie allen Bausktionen der Telephonlinien für Metallarbeiter gesperrt und werden Zuwiderhandelnde als Streikbrecher betrachtet. Gleichzeitig diene aber auch diesen Kollegen zur Warnung, daß die Mechaniker kaum die Lust haben werden, irgendwelche solche Eindringlinge abrichten zu wollen und diese dann sehr wahrscheinlich aus dem Regen in die Traufe bringen, indem sie entsprechend dem § 3, Absatz II des Erlasses, wegen Unfähigkeit sofort entlassen werden. Wer also nicht den Staatsmechanikern und den Telefon- und Telegraphenarbeitern in ihrem schweren Kampfe in den Rücken fallen will, der melde sich nicht um diese Stellen."

Diese Warnung werden wohl auch die deutschen Metallarbeiter beherzigen. —

Zu der mährischen Hauptstadt Brünn ist es zu einem erbitterten Kampf der Textilarbeiter mit den reichen Wolldarren gekommen. Seit Wochen stehen 14 000 Arbeiter im Kampf und vorerst ist — wenn nicht unerwartet ein größeres Ereignis eintritt — noch kein Ende abzusehen. Der Anfang zu diesem Kampfe war ein Konflikt bei drei kleineren Firmen, wo die Arbeiter Forderungen gestellt hatten. Die Führung dieser Lohnbewegung hatten die Separatisten inne, die bestrebt waren, durch höhere Forderungen und angelicht "energieloses" Auftreten die Zentralisten zu übertrumpfen. Schließlich ließen die Separatisten mittler in den Verhandlungen die von ihnen vertretenen Arbeiter ihre Führungen übertrücken, was den Unternehmern den hochwillkommenen Vorwand bot, von Friedensbruch zu schreien und die Verhandlungen an zu bringen. Sie forderten die bedingungslose Wiederannahme der Arbeit, und als diese nicht erfolgte, schritten sie zur allgemeinen Aussperrung. Die separatischen Führer wurden nun ganz konfus, sie machten den Unternehmern die weitgehendsten Zugeständnisse, um den Konflikt rasch beizulegen, erreichten aber damit nichts anderes, als daß die Arbeiter das Vertrauen zu dieser Führer verloren und auf eigene Faust den Kampf weiterzuführen beschlossen. So haben die Separatisten den Karten völlig verfahren und es wird schwer halten, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Natürlich schreien die Separatisten, wie man es ja bei solchen Anlässen von ihnen gewohnt ist, daß die Zentralisten nicht proletarische Solidarität üben, was aber eine Verleumdung ist, denn die Zentralisten befiehren alle Beschlüsse, die von der Mehrheit der Streikenden getroffen werden. Kein Zentralist ist noch zum Streikbrecher geworden. Freilich lehnen sie es ab, mit den Separatisten in einem gemeinsamen Komitee zu sitzen; sie streiten wohl, haben aber getrennte Versammlungen und Beratungen und wollen sich mit den Separatisten nicht zusammensetzen. Nach all den Verhandlungen der letzten Jahre in dieser Standpunkt nur zu bekräftigen. Es kann nicht jedemmann Sache sein, sich zuerst auf das grimmigste beschimpfen zu lassen und dann bei der nächsten Gelegenheit den Besiedigern, so als ob nichts geschehen wäre, die Bruderhand zu schütteln.

Nachdem der Kampf vier Wochen gebaut hat, sandt er unerwartet rätselhaft sein Ende. Die Separatisten begrüßten sich damit, daß die Fabrikantenorganisation sich bereit erklärt, einen Bruchteil der kämpfenden Arbeiter eine kleine Lohnherabholung zu gewähren; für einen anderen Teil der Arbeiter sollen nach der Arbeitsaufnahme über die genördende Lohnherabholung Verhandlungen geführt werden, während der größte Teil der Arbeiterschaft leer ausgeht. Obgleich schwungswise 75 Prozent der Arbeiter von jeder Lohnherabholung ausgeschlossen sind, ist nach vierwöchigem Kampf am 9. September die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Großbritannien.

Die Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung. Der Durchschnittsengländer hat im allgemeinen wenig oder gar kein Interesse für statistische Arbeiten. Nun nimmt man einen Jahresbericht einer Gewerkschaft zur Hand, so findet man wohl dielectric Bücher mit einer Menge von Zahlen, von statistischer Bearbeitung und Bewertung findet man aber keine Spur. Die führenden Elemente, die in den letzten Jahren in Deutschland Studientreissen unternommen, blieben zwar mit Bezugnahme auf die Leistungen der deutschen Gewerkschaften auf diesen Gedanken: bis jetzt ist man aber auf keinerlei Ausführungen gekommen, die darauf schließen lassen, daß man gekonnt, auch in England ähnliche Methoden einzuführen. Dieses ist auch der Unterschied, den man in England keine genaue jährliche Statistik über das Wachstum der Gewerkschaften hat. Das Handelsamt beweist sich damit, alljährlich in der offiziellen Labour Gazette einen kurzen Bericht über den Stand der Mitgliederzahl zu geben. Ein gehende Berichte über das Kostengebaren zu werden in periodischen

Zeiträumen von drei Jahren herausgegeben. Der letzte Bericht, der in diesem Jahre erschienen ist, ist der siebzehnte seiner Art und umfaßt die Periode von 1908 bis 1910. In diesem Zeitabschnitt hat die Bewegung keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen gehabt, da der Zuwachs an Mitgliedern weniger als 1 Prozent ausmacht, was einen tiefebstens Unterschied gegen die vorausgehende Periode von 1905 bis 1907 darstellt, wo die Mitgliederzahl sich um 27 Prozent vermehrte. Es ist nun nicht ohne Interesse, nach den Ursachen dieses Umwinklungs zu suchen.

In der Periode von 1900 bis 1905 hörte man sehr häufig von ausländischen Beobachtern der englischen Arbeiterschaft die Neuherbung, die englischen Gewerkschaften hätten in ihrer Entwicklung das Modell des Erreichbaren überstreift. Diese irrtige Annahme leitete man von der Tatsache her, daß die Gewerkschaften bis 1905 in der Mitgliederzahl ziemlich stationär blieben. In genanntem Jahre gab es im vereinigten Königreich 1 932 942 Mitglieder, während die Mitgliederzahl zu Beginn des Jahrhunderts (1901) sich auf 1 922 780 belief. Im Jahre 1906 erschienen die Gewerkschaften einen ungeheuren Ansturm an Mitgliedern. Am Ende des genannten Jahres belief sich die Zahl auf 2 127 026. Wie erklärt sich nun dieser plötzliche Umschwung? Es ist einfach das Resultat des Erwakens des politischen Klassengescheins der englischen Arbeiter. Die Arbeiterpartei, die im Februar 1900 als Frucht eines Gewerkschaftskongresses von Plymouth (1899) entstand, bestand bei den ersten allgemeinen seit ihrer Gründung stattfindenden Wahlen 1906 (sicht man die Arbeiterwahl von 1900 außer Acht) die erste Feuerprobe. Da nun die politische Bewegung aus der gewerkschaftlichen Herkunft gegangen ist, so ist es natürlich, daß durch die Entwicklung der ersten die letztere wenigstens an Zahl gewinnen mußte. Eine Zeitschrift sah es so aus, als ob man die Gewerkschaftsbewegung nur noch als Organisation zur Förderung politischer Grundsätze betrachte, was um so leichter war, als man den Gewerkschaftskampf als überlebt ansah. Glücklicherweise ist diese Ubergangsperiode von ihrer Dauer getrennt und in den letzten Monaten ist der Gewerkschaftskampf der Arbeiterbewegung mit Wucht in den Vordergrund gedrängt worden. Es ist aber bemerkenswert, daß der Mitgliederzurückgang von 1906 und 1907 in den beiden folgenden Jahren wieder vollständig verloren ging. 1908 und 1909 blieben die Gewerkschaften nicht weniger als 57 000 Mitglieder ein. Es war dieses eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges und es ist nun geradezu eigenartig, daß die englischen Gewerkschaften in der Vergangenheit trotz der hoch entwickelten Unterstützungsinstanzen von wirtschaftlichen Depressionen so stark in Mitgliedschaft gegangen worden sind. Dieser leiste Rückgang wurde aber bereits 1910 wieder gutgemacht. In diesem Jahre betrug die Annahme an Mitgliedern 73 000, so daß der Reingewinn an Mitgliedern in den Jahren 1908 bis 1910 etwas weniger als 1 Prozent oder 16 000 Mitglieder ausmacht. Die Gesamtmitgliederzahl, die also 1907 auf 2 419 816 stand, war 1910 auf 2 436 000 gestiegen. Wie die Zeitschrift erfahren haben, hat aber 1911 eine wahre Regeneration stattgefunden, denn die Mitgliederzahl stieg um 23,3 Prozent, so daß die englischen Gewerkschaften zu Beginn dieses Jahres 3 010 846 Mitglieder zählten.

Bemerkenswert ist es nun, daß das Handelsamt in den von ihm veröffentlichten periodischen Berichten sich nur mit dem Kostengebaren von 100 Gewerkschaften beschäftigt, diese repräsentieren aber ungefähr ein Fünftel der gesamten Mitgliederzahl aller Gewerkschaften und etwa vier Fünftel aller Ausgaben für Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallunterstützungen. Die einfache Zusammenstellung dieser Zahlen und ihre Berechnung in Prozentsätzen beweist besser als alles andere die Nutzlosigkeit der gewerkschaftlichen Berücksichtigung. Folgende Tabelle ist ebenfalls äußerst lehrreich. Darin sind alle Gewerkschaften im Verhältnis zur Größe der Mitgliederzahl gruppiert:

Ganz der Mitglieder in den Gewerkschaften am Ende von 1910	Eingeschriebene Gewerkschaften auf Grund der Trade-Unions-Liste		Nicht eingeschriebene Gewerkschaften	
	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
50000 und darüber	8	701 291	—	—
20000 und unter 50000	11	863 199	8	92828
10000 = 20000	17	249 640	9	118841
5000 = 10000	34	223 544	14	89 254
2000 = 5000	53	177 904	28	96 268
1000 = 2000	53	73 178	55	49 106
500 = 1000	74	54 038	59	41 659
300 = 500	45	17 358	52	19 612
100 = 200	113	19 616	174	28 613
50 = 100	70	4 952	137	9 786
unter				

Von 1906 bis 1908 stieg die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung in den 100 Gewerkschaften um 90 Prozent, während die Zahl der Mitglieder sich nur um 12 Prozent vermehrte. In den Metall-, Maschinen- und Schiffbaugewerkschaften stieg diese Unterstützungsform von 181 000 £ auf 568 000 £ oder über 200 Prozent, in den Tertiärgewerkschaften dagegen sich die Steigerung sogar auf 500 Prozent.

Die Dauer und Höhe der Arbeitslosenunterstützungsberechtigung beim Verband der Maschinenbauern ist folgendermaßen: Personen, die zehn Jahre vollberechtigte Mitglieder sind, erhalten 10 s. für die ersten 14 Wochen und 6 s. für die übrige Zeit der Arbeitslosigkeit. Fünfjährige Mitglieder erhalten 7 s. für 30 Wochen und 6 s. für weitere 34 Wochen. Personen, die keine fünf Jahre Mitglieder sind, erhalten 7 s. für 14 Wochen und 6 s. für weitere 24 Wochen.

Die Vermögen der 100 Gewerkschaften, die 1907 mit 5 640 000 £ ihren Höhepunkt erreichten, sanken 1910 auf 5 130 000 £. Dieser Fall in den Vermögensverhältnissen kam zu stande, trotzdem die jährlichen Einnahmen ganz riesenhaft gewachsen waren, was natürlich der großen Arbeitslosigkeit zu verdanken ist. Das Vermögen der 100 Verbände pro Kopf der Mitglieder betrug Ende 1893 nur 28 s., 1906 aber 80 s., dann dann aber auf 70 s. Ende 1910. 1910 war die Durchschnittszeit 5 Jahre einnahm pro Kopf der Mitglieder wie folgt: In 38 Gewerkschaften mit 440 000 Mitgliedern weniger als 20 s., in 19 Gewerkschaften mit 406 000 Mitgliedern 20 bis 21 s., in 38 Gewerkschaften mit 411 000 Mitgliedern 25 bis 70 s. und in 5 Gewerkschaften mit 19 900 Mitgliedern über 70 s. Die höchsten Beiträge werden von den Mitgliedern der Friendly Society of Ironfounders (Eisengießer) entrichtet, und zwar 98 s., dann folgen die Zimmerleute mit 79 s., die Maschinenbauer mit 72 s. und die Londoner Schriftsteller mit 71 s.

Am Schluß sei noch ein kurzer Überblick über die Metallarbeiterergiebstafeln gegeben. Ende 1901 gab es in dieser Industrie noch 263 Gewerkschaften, 1910 immer noch 211, immerhin eine Verringerung von 52. Die Mitgliederzahl, die 1897 auf 319 523 stand, stieg 1901 auf 334 913, 1907 auf 377 371, fiel dann 1909 auf 359 355, stand Ende 1910 auf 369 329 und erreichte 1911 ihren Höhepunkt mit 444 083. Die Gesamtmitgliedschaft aller Gewerkschaften stieg im letzten Jahre im Vergleich mit dem Jahre 1904 um 57,6 Prozent.

B. B.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, die Genoss Grunwald im Verlage von Ladem & Comp. in Dresden herausgibt, ist soeben, nachdem Heft 2 und 3 schon vor einigen Wochen herauskamen und hier angezeigt wurden, Heft 1 erschienen. Dieses Heft 1, das vom Herausgeber verfaßt ist, führt den Titel: Zur Einführung in Marx' "Kapital". Es gibt zunächst einen Überblick über die zeitliche Entstehung dieses Fundamentalwerkes des wissenschaftlichen Sozialismus, dann eine knappe Einführung in die Marx'sche Denkmethode und schließlich einen besonderen Wegweiser zum Studium der einzelnen Bände des "Kapital". Dabei hat es der Verfasser absichtlich vermieden, die Begriffe, Gesetze und Untersuchungen, die Marx selbst im "Kapital" gibt, durch Umstreuungen wiederzugeben. Es handelt sich ausschließlich und bewußtmaßen um eine Einführung in das Werk und seine Methodik. Der Anhang ist auch bei diesem Heft außerordentlich materiellich und dadurch von besonders lehrreichem Wert. Er gibt zum erstenmal in der sozialistischen Literatur überhaupt eine Marx-Ektion, das heißt eine nach der Zeit geordnete Reihenfolge der wichtigsten Ereignisse in Marx' Leben und der wichtigsten seiner Arbeiten. Daran schließt sich an eine Skizze über die Marx-Literatur zum weiteren Studium, und den Schluss des ganzen Hefts bilden die berühmten Aufsätze von Engels u. n. d. Hengen über das "Kapital". Diese Aufsätze, die 1868 erschienen, sind heute der jüngeren Generation schwer zugänglich, und es erfreut uns als ein besonderes Verdienst, diese jüdi. so bedeutenden Arbeiten der Arbeiterklasse durch Nachdruck zugänglich gemacht zu haben. Das Heft ist 36 Seiten 8° stark und kostet wie die früher erschienenen Hefte 40.-. Es ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen.

Die Gewerbe-Ausgabe. Ein Handbuch für den Gebrauch der mit der Gewerbeaufsicht beauftragten Polizeibehörden, in erster Linie der Ortsbehörden, sowie der Betriebsunternehmer und der Arbeiter. Von E. Stieglitz, Polizeiamtsassistent in Göppingen. Enthaltend: Eine Zusammenstellung und systematische Verarbeitung der sämtlichen reichen- und märktevertraglichen Landesgesetzlichen Bestimmungen, die sich auf die Gewerbeaufsicht beziehen, betreffend Arbeitsstätte, Kinderschädigung, Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeitern, Nebenarbeitszeit, Sonntagsruhe, Lohnabrechnung und Lohnneinbehaltung, Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit, Leben u. d. betreffend die Erlassung von Arbeitsschutzen und das Strafgesetz, das Haushaltsgesetz. Mit einem Anhang, enthaltend eine Nachweisung — und somit die Ortspolizeibehörden damit befähigt sind, einen Abdruck — der sämtlichen reichen- und württembergischen Landesgesetze, auf Grund der §§ 120, I, 129a, 154 Abs. 2 bis 4 der Gewerbeordnung für bestimmte Arten von Anlagen, wie Motorwertschöpfen, Konkurrenzverträgen, Kauf- und Vertragsvereinen, Bäckereien und Konditoreien, Gast- und Schankwirtschaften, Rohhaarspinnereien u. c. Moler- u. c. Betriebe, Großseidenindustrie, Steinbrüche und Steinmetzwerken, Gießereien, Ziegeleien, Reitereien (Kaffereien) u. c. erlassene Bestimmungen, sowie das Süderjagdgesetz. Im Selbstverlag des Verfassers. 1912. 236 Seiten. Preis 3.-. Es erscheint manches Buch, von dem man sagt, es sei bestimmt, eine Lücke anzufüllen. Wenn indessen bei irgend einem Buche diese Bewertung angebracht ist, so bei dem vorliegenden. Handliche, verständlich geschriebene und übersichtliche Bücher von dieser Art gibt es schon seit längerer Zeit für die Arbeiterverarbeitung; für das weite Gebiet der Gewerbeaufsicht und was damit zusammenhängt, hat es unseres Wissens aber bisher noch an einem solchen gefehlt. Das Erscheinen dieses Buches ist Wahrzeichen; es ist daher nur zu begrüßen und man mögliche Wünsche, daß solche Bücher auch für die anderen deutschen Staaten ertheilten möglichen. Gewerbeaufsichtsbeamten, Arbeitervertretern u. d. wird das Buch sehr oft gute Dienste leisten.

Wilmers Unterricht: Das Weltkriegsjahr. Bilder vom Kriege und Frieden. 1912. 1150 Seiten, 24 cm. Preis 1.-. Dieses Buch hat bei einer gewissen Preise, die die Interessen jüngerer Leute leicht ansprechen hat, denen der "Patriotismus" viel Geld eingebracht hat, Unruhen hervorgerufen. Es wird dem Leser sehr vorteilhaft sein, wenn er darüber informiert ist, was der Krieg für jüngere Leute, besonders für junge Leute. Das Buch ist jetzt, wie ein gebildeter Mensch seinem Sohn zu seiner Freude erzählen wird und die Ausdehnung des Feldes ziehen will. Die Motivierung, die Vorstellungen für die Gewerbeaufsicht, der Gottesholz, das Museum des Heils, die alten Zeiten und die immer weitergehende Steigerung des Kriegsmaterials erzählen am uns vorüber, bis die ganze Welt wieder nichts anderes mehr zu sein scheint, als ein Schauspiel des unerschöpfbaren Grauel und Verzweiflungen. Sie mit dem Buche einzufriedeten Brüder können nicht sagen, daß der Verfasser übertrieben habe. Schade! Schätzungen sind schon wiederholt gemacht worden. Es liegt aber gewissen Zwecken nicht, den Verfasser über die zufließenden organisierten Gewerbeaufsichtsbeamten bestreitet werden, auch möchte lieber, daß dies besonders der herausragenden Sagen zu bestehen bliebe. Zu Sonderuntersuchungen würden zu wenige nach je einiges", damit sie ein seliges Bild

vom Kriege erhalten, wie es unseren Machthabern post. Da kann man nur wünschen, daß Bücher, wie das vorliegende, recht weit verbreitet erhalten.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Sitz Offenbach am Main: Geschäftsräume 1911, zweiter Teil. Bericht über die Entwicklung des Fahrradhäuses Frischau im Jahre 1911. Beschreibung des Fahrradhäuses in Offenbach a. M.,prendlinger Landstraße. Mit 36 Illustrationen. Verlag des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität. 64 Seiten.

Zur Beachtung!

Zur Vermelbung von Verzögerungen ersuchen wir die Ortsverwaltungen um genaue Beachtung des Folgenden:

Es sind zu adressieren:

Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuganges und Aenderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a; Artikel, Korrespondenzen, Kunstsammlungen, Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen, soweit sie nicht privat angelegten betreffen, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötestraße 16a und niemals nach Berlin, Chariteestr. 8, ferner niemals an einen der Redakteure persönlich; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Expedition in Stuttgart, Rötestraße 16a oder in Berlin NW. 6, Charitestraße 3, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Expeditionen zugeleitet worden ist; Privatanzeigen und etwaige Beschwerden über solche, sowie Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen nur an den Verlag in Firma Alexander Schlick & Co., Stuttgart, Rötestraße 16b. Sendungen an Redaktion oder Expedition sind niemals Sendschriften beizulegen, die für den Vorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets direkt zu adressieren.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg).

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im August 1912.

Einnahmen:

Bon Altheimendorf 110 M. Amberg 200. Annen 300. Ansbach 150. Aalen 80. Augsburg 1000. Baden 300. Bayreuth 120. Bensheim 160. Berg 68,60. Berg-Neulichten 100. Berlin I 400. Berlin IV 700. Berlin XI 400. Bischof 50. Bochum 500. Borsigwalde 200. Brete a. d. B. 80. Brandenburg a. d. H. 200. Buchenbronn 50. Burg a. d. B. 100. Burgjärrnbaach 200. Bülowdorf 75. Camburg 200. Cöln-Süd 35. Cöln-Nippes 100. Coswig 325. Dattendorf 80. Dissen 200. Dietrichsdorf 300. Döbeln 100. Dresden-Lützen 600. Düren 180. Düsseldorf-Flingern 400. Düsseldorf-Mörsenbroich 200. Düsseldorf-Obercastel 300. Düsseldorf-Werden 150. Duisburg-Neiderk 110. Duisburg-Wenckheim 330. Durach 600. Everswalde 400. Eltenburg 100. Einbeck 50. Ennigen 100. Enzberg 100. Erfurt 300. Eschweiler I 150. Eschweiler II 100. Eßen a. d. R. IV 350. Forchheim 100. Frankenhausen 800. Frankfurt a. M.-Rödelheim 100. Freiburg i. Br. 300. Frentrop 150. Fulda 200. Fürstenwalde 400. Gaggenau 300. Geislingen 200. Gedelsberg 150. Gittersee 250. Grötzingen 200. Groß-Umheim 200. Groß-Königsdorf 100. Groß-Zschachwitz 300. Gütenbach 50. Guetersloh 300. Hagen-Altenhagen 100. Hamm-Gimshüttel 100. Hamm i. B. 200. Halbe III 150. Heidelberg 200. Hemelingen 50. Herdecke 130. Herford 200. Heumar 200. Hilden 150. Höxter a. N. 150. Höxter 300. Homberg 100. Homburg 150. Ingolstadt 200. Isen 100. Katzenbach 800. Kettwig 150. Kiel 200. Kettwitz 50. Köln 300. Königswinter 200. Körber 100. Kreisburg 100. Lüdenscheid 60. Lüdenscheid 100. Lüdenscheid 120. Lüdenscheid 150. Lüdenscheid 200. Lüdenscheid 250. Lüdenscheid 300. Lüdenscheid 350. Lüdenscheid 400. Lüdenscheid 450. Lüdenscheid 500. Lüdenscheid 550. Lüdenscheid 600. Lüdenscheid 650. Lüdenscheid 700. Lüdenscheid 750. Lüdenscheid 800. Lüdenscheid 850. Lüdenscheid 900. Lüdenscheid 950. Lüdenscheid 1000. Lüdenscheid 1050. Lüdenscheid 1100. Lüdenscheid 1150. Lüdenscheid 1200. Lüdenscheid 1250. Lüdenscheid 1300. Lüdenscheid 1350. Lüdenscheid 1400. Lüdenscheid 1450. Lüdenscheid 1500. Lüdenscheid 1550. Lüdenscheid 1600. Lüdenscheid 1650. Lüdenscheid 1700. Lüdenscheid 1750. Lüdenscheid 1800. Lüdenscheid 1850. Lüdenscheid 1900. Lüdenscheid 1950. Lüdenscheid 2000. Lüdenscheid 2050. Lüdenscheid 2100. Lüdenscheid 2150. Lüdenscheid 2200. Lüdenscheid 2250. Lüdenscheid 2300. Lüdenscheid 2350. Lüdenscheid 2400. Lüdenscheid 2450. Lüdenscheid 2500. Lüdenscheid 2550. Lüdenscheid 2600. Lüdenscheid 2650. Lüdenscheid 2700. Lüdenscheid 2750. Lüdenscheid 2800. Lüdenscheid 2850. Lüdenscheid 2900. Lüdenscheid 2950. Lüdenscheid 3000. Lüdenscheid 3050. Lüdenscheid 3100. Lüdenscheid 3150. Lüdenscheid 3200. Lüdenscheid 3250. Lüdenscheid 3300. Lüdenscheid 3350. Lüdenscheid 3400. Lüdenscheid 3450. Lüdenscheid 3500. Lüdenscheid 3550. Lüdenscheid 3600. Lüdenscheid 3650. Lüdenscheid 3700. Lüdenscheid 3750. Lüdenscheid 3800. Lüdenscheid 3850. Lüdenscheid 3900. Lüdenscheid 3950. Lüdenscheid 4000. Lüdenscheid 4050. Lüdenscheid 4100. Lüdenscheid 4150. Lüdenscheid 4200. Lüdenscheid 4250. Lüdenscheid 4300. Lüdenscheid 4350. Lüdenscheid 4400. Lüdenscheid 4450. Lüdenscheid 4500. Lüdenscheid 4550. Lüdenscheid 4600. Lüdenscheid 4650. Lüdenscheid 4700. Lüdenscheid 4750. Lüdenscheid 4800. Lüdenscheid 4850. Lüdenscheid 4900. Lüdenscheid 4950. Lüdenscheid 5000. Lüdenscheid 5050. Lüdenscheid 5100. Lüdenscheid 5150. Lüdenscheid 5200. Lüdenscheid 5250. Lüdenscheid 5300. Lüdenscheid 5350. Lüdenscheid 5400. Lüdenscheid 5450. Lüdenscheid 5500. Lüdenscheid 5550. Lüdenscheid 5600. Lüdenscheid 5650. Lüdenscheid 5700. Lüdenscheid 5750. Lüdenscheid 5800. Lüdenscheid 5850. Lüdenscheid 5900. Lüdenscheid 5950. Lüdenscheid 6000. Lüdenscheid 6050. Lüdenscheid 6100. Lüdenscheid 6150. Lüdenscheid 6200. Lüdenscheid 6250. Lüdenscheid 6300. Lüdenscheid 6350. Lüdenscheid 6400. Lüdenscheid 6450. Lüdenscheid 6500. Lüdenscheid 6550. Lüdenscheid 6600. Lüdenscheid 6650. Lüdenscheid 6700. Lüdenscheid 6750. Lüdenscheid 6800. Lüdenscheid 6850. Lüdenscheid 6900. Lüdenscheid 6950. Lüdenscheid 7000. Lüdenscheid 7050. Lüdenscheid 7100. Lüdenscheid 7150. Lüdenscheid 7200. Lüdenscheid 7250. Lüdenscheid 7300. Lüdenscheid 7350. Lüdenscheid 7400. Lüdenscheid 7450. Lüdenscheid 7500. Lüdenscheid 7550. Lüdenscheid 7600. Lüdenscheid 7650. Lüdenscheid 7700. Lüdenscheid 7750. Lüdenscheid 7800. Lüdenscheid 7850. Lüdenscheid 7900. Lüdenscheid 7950. Lüdenscheid 8000. Lüdenscheid 8050. Lüdenscheid 8100. Lüdenscheid 8150. Lüdenscheid 8200. Lüdenscheid 8250. Lüdenscheid 8300. Lüdenscheid 8350. Lüdenscheid 8400. Lüdenscheid 8450. Lüdenscheid 8500. Lüdenscheid 8550. Lüdenscheid 8600. Lüdenscheid 8650. Lüdenscheid 8700. Lüdenscheid 8750. Lüdenscheid 8800. Lüdenscheid 8850. Lüdenscheid 8900. Lüdenscheid 8950. Lüdenscheid 9000. Lüdenscheid 9050. Lüdenscheid 9100. Lüdenscheid 9150. Lüdenscheid 9200. Lüdenscheid 9250. Lüdenscheid 9300. Lüdenscheid 9350. Lüdenscheid 9400. Lüdenscheid 9450. Lüdenscheid 9500. Lüdenscheid 9550. Lüdenscheid 9600. Lüdenscheid 9650. Lüdenscheid 9700. Lüdenscheid 9750. Lüdenscheid 9800. Lüdenscheid 9850. Lüdenscheid 9900. Lüdenscheid 9950. Lüdenscheid 10000. Lüdenscheid 10050. Lüdenscheid 10100. Lüdenscheid 10150. Lüdenscheid 10200. Lüdenscheid 10250. Lüdenscheid 10300. Lüdenscheid 10350. Lüdenscheid 10400. Lüdenscheid 10450. Lüdenscheid 10500. Lüdenscheid 10550. Lüdenscheid 10600. Lüdenscheid 10650. Lüdenscheid 10700. Lüdenscheid 10750. Lüdenscheid 10800. Lüdenscheid 10850. Lüdenscheid 10900. Lüdenscheid 10950. Lüdenscheid 11000. Lüdenscheid 11050. Lüdenscheid 11100. Lüdenscheid 11150. Lüdenscheid 11200. Lüdenscheid 11250. Lüdenscheid 11300. Lüdenscheid 11350. Lüdenscheid 11400. Lüdenscheid 11450. Lüdenscheid 11500. Lüdenscheid 11550. Lüdenscheid 11600. Lüdenscheid 11650. Lüdenscheid 11700. Lüdenscheid 11750. Lüdenscheid 11800. Lüdenscheid 11850. Lüdenscheid 11900. Lüdenscheid 11950. Lüdenscheid 12000. Lüdenscheid 12050. Lüdenscheid 12100. Lüdenscheid 12150. Lüdenscheid 12200. Lüdenscheid 12250. Lüdenscheid 12300. Lüdenscheid 12350. Lüdenscheid 12400. Lüdenscheid 12450. Lüdenscheid 12500. Lüdenscheid 12550. Lüdenscheid 12600. Lüdenscheid 12650. Lüdenscheid 12700. Lüdenscheid 12750. Lüdenscheid 12800. Lüdenscheid 12850. Lüdenscheid 12900. Lüdenscheid 12950. Lüdenscheid 13000. Lüdenscheid 13050. Lüdenscheid 13100. Lüdenscheid 13150. Lüdenscheid 13200. Lüdenscheid 13250. Lüdenscheid 13300. Lüdenscheid 13350. Lüdenscheid 13400. Lüdenscheid 13450. Lüdenscheid 13500. Lüdenscheid 13550. Lüdenscheid 13600. Lüdenscheid 13650. Lüdenscheid 13700. Lüdenscheid 13750. Lüdenscheid 13800. Lüdenscheid 13850. Lüdenscheid 13900. Lüdenscheid 13950. Lüdenscheid 14000. Lüdenscheid 14050. Lüdenscheid 14100. Lüdenscheid 14150. Lüdenscheid 14200. Lüdenscheid 14250. Lüdenscheid 14300. Lüdenscheid 14350. Lüdenscheid 14400. Lüdenscheid 14450. Lüdenscheid 14500. Lüdenscheid 14550. Lüdenscheid 14600. Lüdenscheid 14650. Lüdenscheid 14700. Lüdenscheid 14750. Lüdenscheid 14800. Lüdenscheid 14850. Lüdenscheid 14900. Lüdenscheid 14950. Lüdenscheid 15000. Lüdenscheid 15050. Lüdenscheid 15100. Lüdenscheid 15150. Lüdenscheid 15200. Lüdenscheid 15